

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Herbst 2019 - Deutsche Wirtschaft im Abwärtssog

Kieler Konjunkturberichte, No. 59

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2019) : Deutsche Konjunktur im Herbst 2019 - Deutsche
Wirtschaft im Abwärtssog, Kieler Konjunkturberichte, No. 59, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209471>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Herbst 2019

Abgeschlossen am 10. September 2019

© Daniel Wolcke / IfW Kiel

Nr. 59 (2019|Q3)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Mösle,
Galina Potjagailo und Maik Wolters*

INHALTSVERZEICHNIS

Deutsche Wirtschaft im Abwärtssog

Industrie in der Rezession	9
Zinswende rückt in weite Ferne	11
Finanzpolitik ist leicht expansiv ausgerichtet.....	13
Außenhandel in ausgedehnter Schwächephase	15
Inländische Verwendung: Schwache Industriekonjunktur schlägt auf die Investitionen durch	20
Die Verbraucherpreisinflation bleibt moderat	25
Lohndynamik verliert an Fahrt	26
Wende am Arbeitsmarkt	30
Öffentliche Haushalte: Finanzpolitik und Konjunktur zehren Überschüsse auf	32
Risiken und Wirtschaftspolitik	35
Literatur	40
Tabellenanhang.....	42
 <i>Kasten 1:</i> <i>Deutsche Wirtschaft in der Rezession?</i>	 6
<i>Kasten 2:</i> <i>Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2019.....</i>	 16
<i>Kasten 3:</i> <i>Zur Aufwärtsrevision der Löhne und Gehälter durch das Statistische Bundesamt</i>	 27
<i>Kasten 4:</i> <i>Zu den Auswirkungen des Konjunkturabschwungs auf die Konjunkturbereinigung in der Schuldenbremse.....</i>	 39

DEUTSCHE WIRTSCHAFT IM ABWÄRTSSOG

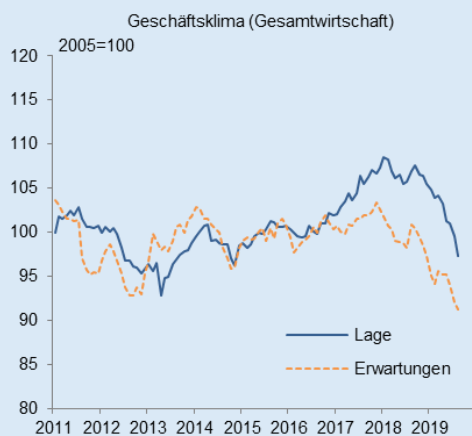
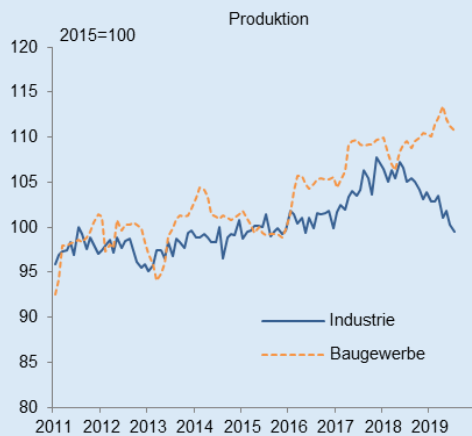
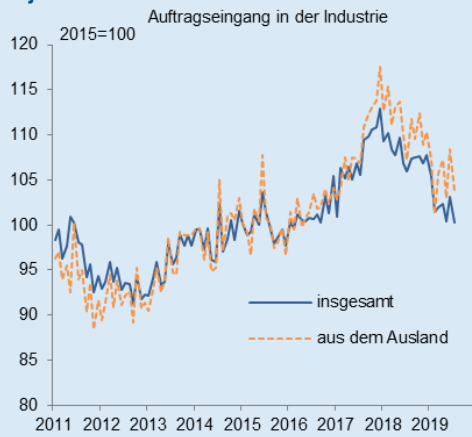
Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Möhle, Galina Potjagailo und Maik Wolters

Die deutsche Wirtschaft befindet sich an der Schwelle zur Rezession. Im dritten Quartal wird das Bruttoinlandsprodukt wohl noch einmal zurückgehen. Damit befände sich Deutschland formal in einer technischen Rezession. Freilich stellt die Abschwächung, die bereits im Jahr 2018 einsetzte, bislang vor allem eine Normalisierung der vorherigen ausgeprägten Hochkonjunktur dar. Derzeit dürfte die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im Mittel in etwa ihrem langfristigen Durchschnitt entsprechen. Eine ausgeprägte gesamtwirtschaftliche Rezession wäre erst gegeben, wenn der Auslastungsgrad noch einmal spürbar zurückgehen würde. Die Risiken dafür haben sich zuletzt erhöht, zumal die schwache Industriekonjunktur offenbar zunehmend auf die Dienstleistungsbranche ausstrahlt. Derzeit spricht jedoch mehr dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland im kommenden Jahr fängt. Insgesamt rechnen wir gegenüber unserer Prognose vom Sommer nun mit geringeren Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt von 0,4 Prozent für das laufende Jahr (Sommer: 0,6 Prozent) und 1 Prozent für das Jahr 2020 (Sommer: 1,6 Prozent). Geprägt ist der Abschwung bislang davon, dass sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland stärker abgekühlt hat als in vielen anderen Ländern. Dazu beigetragen hat wohl auch, dass sich die deutsche Wirtschaft zuvor in einer ausgeprägten Hochkonjunktur befand und somit die Fallhöhe größer war als andernorts. Zudem dürfte die vor allem aus den fortwährenden Handelskonflikten resultierende weltweit hohe politische Unsicherheit die Produktion in Deutschland in besonderem Maße belasten. Vor diesem Hintergrund werden die Exporte wohl nur allmählich wieder etwas Fahrt aufnehmen. Die privaten Konsumausgaben werden weiter mit recht robusten Raten expandieren. Zwar macht sich die schwächere Konjunktur zusehends am Arbeitsmarkt bemerkbar. So wird die Zahl der Arbeitslosen wohl vorerst weiter zunehmen und die Erwerbstätigkeit im kommenden Jahr erstmals seit der Großen Rezession sinken. Gleichwohl werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, wenn auch in geringerem Tempo, deutlich aufwärts gerichtet bleiben, nicht zuletzt weil der Arbeitskräftemangel weiter zu recht kräftigen Lohnanstiegen beitragen wird und zahlreiche finanzpolitischen Maßnahmen die Einkommen stützen. Die Unternehmensinvestitionen dürften dagegen aufgrund der pessimistischen Absatzaussichten zunächst deutlich abwärts gerichtet sein. Die Überschüsse der öffentlichen Haushalte werden im Prognosezeitraum spürbar zurückgehen, da die Ausgaben weiter kräftig ausgeweitet werden, während die Einnahmen durch die konjunkturelle Abschwächung belastet werden. Im Jahr 2021 wird der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte somit wohl erstmals seit dem Jahr 2011 negativ sein.

Die deutsche Wirtschaft operiert wieder in der Nähe der Normalauslastung, der Abschwung ist damit aber noch nicht vorbei.

Die in der vorangegangenen Hochkonjunktur aufgebaute Anspannung der Produktionskapazitäten hat sich größtenteils wieder zurückgebildet. Die Ergebnisse der jüngsten Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) legen nahe, dass der obere Wendepunkt der Konjunktur – also die Umkehr vom Aufschwung in den Abschwung – um die Jahreswende 2017/2018 zu verorten ist und damit etwa ein halbes Jahr früher, als es bislang an den Daten zum Bruttoinlandsprodukt ablesbar war. Demzufolge durchläuft die deutsche Wirtschaft seit eineinhalb Jahren eine Abkühlungsphase. Im Einklang mit den aus früheren Zyklen bekannten Mustern wird diese Entwicklung maßgeblich von den industriellen Branchen und dort vor allem den exportorientierten Investitionsgüterproduzierenden Unternehmen getrieben. Für die Industrie zeichnet sich ausweislich der Frühindikatoren zur Jahresmitte 2019 der Eintritt in eine Rezession ab, mithin dürfte dort in der zweiten Jahreshälfte die normale Kapazitätsauslastung unterschritten werden und noch weiter sinken. Auf eine zunächst weiter rückläufige Entwicklung deuten die pessimistischen Geschäftserwartungen, die im Verarbeitenden Gewerbe besonders stark eingebrochen sind, und die schwachen Auftragseingänge aus dem Inland hin, auch wenn sich das Neugeschäft im Ausland zuletzt etwas stabiler zeigte (Abbildung 1). Mit einem Wertschöpfungsanteil von gut einem Viertel strahlen die Industriebranchen spürbar auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Im dritten Quartal hat das Bruttoinlandsprodukt wohl um 0,3 Prozent – und damit nennenswert – nachgegeben (Abbildung 2, Tabelle 1). Zusammen mit dem homöopathischen Rückgang im zweiten Quartal ist damit zwar die formale Definition einer technischen Rezession erfüllt, allerdings kann von einer

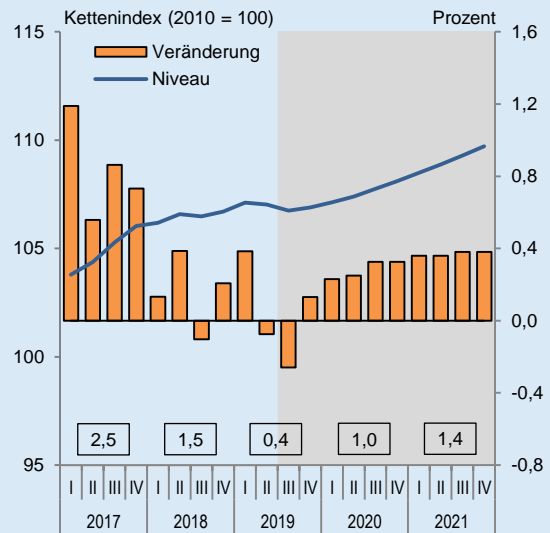
Abbildung 1:
Konjunkturindikatoren 2011–2019



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2:
Bruttoinlandsprodukt 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Series 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

gesamtwirtschaftlichen Rezession im Sinne einer konjunkturellen Zyklusphase noch nicht gesprochen werden, weil aufgrund der bislang noch recht robusten Aktivität in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen und der weiterhin hochtourig laufenden Bauwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Normalauslastung noch nicht erkennbar unterschritten ist (Kasten 1). Die Konsumausgaben verdanken ihre konjunkturstützende Rolle – neben fiskalischen Impulsen – auch der bis zuletzt noch aufwärtsgerichteten Beschäftigung, die typischerweise nur mit Verzögerung auf Produktionsschwankungen reagiert. Bei den Unternehmensinvestitionen blieb das für die gegenwärtige Konjunkturphase typische Muster kräftiger Einbrüche bislang aus, gleichwohl weisen die Frühindikatoren auf eine ausgeprägte Schwäche in der zweiten Jahreshälfte hin. Insgesamt ist damit die konjunkturelle Grunddynamik zunächst weiter abwärtsgerichtet, auch wenn ein scharfer Einbruch nicht zu erwarten ist.

Der Wendepunkt am Arbeitsmarkt ist erreicht. Zwar wurde bis zuletzt noch Beschäftigung aufgebaut, jedoch sinkt die Arbeitslosigkeit nicht mehr, sondern nimmt bereits seit

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2021

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,1	-0,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	0,8	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,5	0,4	0,8	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	1,4	0,6	-3,0	-1,5	-0,3	0,3	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,8
Bauinvestitionen	2,5	-1,0	-0,4	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-0,6	1,0	-0,5	0,0	0,2	0,2	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	-1,0	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,5	-0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausfuhr	1,8	-1,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8
Einfuhr	0,9	-0,3	0,1	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9
Außenbeitrag	0,5	-0,5	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45 178	45 228	45 248	45 208	45 148	45 108	45 108	45 118	45 138	45 158	45 178	45 198
Arbeitslose	2 243	2 263	2 289	2 319	2 359	2 389	2 409	2 419	2 429	2 439	2 449	2 459

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

einigen Monaten wieder leicht zu. Auch zeigt sich in den revidierten Daten der VGR, dass die Lohnentwicklung schon in den vergangenen Jahren weniger beschäftigungsfördernd ausgerichtet war und am aktuellen Rand gehen von den realen Lohnstückkosten gar keine Impulse mehr auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen aus (Kasten 3). Damit hatte ein größerer Anteil des bis zuletzt zu beobachtenden Beschäftigungsaufbaus konjunkturelle Ursachen, die im Zuge des Abschwungs nach und nach wegzufallen drohen. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Unternehmen angesichts der demografisch bedingten Verknappung von Arbeitskräften versuchen werden, insbesondere Fachkräfte möglichst lange im Unternehmen zu halten, was für sich genommen konjunkturstabilisierend wirkt.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 0,4 Prozent zunehmen, für den weiteren Prognosezeitraum erwarten wir Raten von 0,9 Prozent (2021) und 1,4 Prozent (2022). Der Zuwachs im laufenden Jahr ist im Wesentlichen der Expansion im Auftaktquartal geschuldet, der Rest des Jahres schwankt zwischen stagnierender und leicht rückläufiger Wirtschaftsleistung. Die konjunkturelle Schwächephase dürfte nur allmählich überwunden werden. Im kommenden Jahr geht fast die

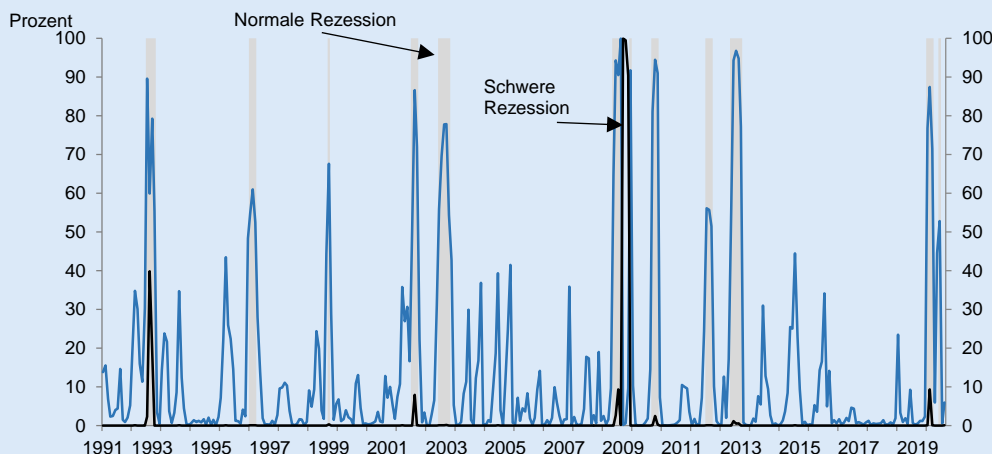
Hälfte des Zuwachses (0,4 Prozentpunkte) auf die höhere Zahl an Arbeitstagen und nicht auf eine schnellere konjunkturelle Dynamik zurück (Tabelle 2). Ein spürbar höheres Expansions-tempo erwarten wir erst ab der zweiten Jahreshälfte 2020. Bis dahin dürften die quartalsweisen Zuwachsraten kaum an die Wachstumsrate des Produktionspotenzials heranreichen, so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunächst weiter abnimmt. Allerdings bewegt sie sich damit unserer Potenzialschätzung zufolge immer noch recht nahe am Normalniveau (Ademmer et al. 2019c). Die deutlich verlangsamte Gangart bis zur Jahresmitte 2020 steht im Einklang mit der aus früheren Zyklen zu erwartenden weiteren Abschwächung der Industriekonjunktur nach dem Unterschreiten der Normalauslastung in diesem Wirtschaftsbereich. Dieselben Kräfte, die nach einem längeren Aufschwung den Abschwung einleiten, leiten nach einer gewissen Anpassungszeit dann aber auch wieder die Erholung ein. Hierbei spielt die Produktion langlebiger Wirtschaftsgüter eine wichtige Rolle, die im Zuge lebhafter Bestellungen in der vorangegangenen Hochkonjunktur allmählich auf übersättigte Absatzmärkte trifft. Die zurückhaltenden Beschaffungen im Abschwung führen mit der Zeit aber auch zu wieder dringlicher werdenden Ersatz-

Kasten 1: Deutsche Wirtschaft in der Rezession?

Die Konjunktur in Deutschland hat sich seit Beginn des Jahres 2018 deutlich abgeschwächt. Aktuell deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass sich diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich die deutsche Wirtschaft mittlerweile in einer Rezession befindet. Allerdings liegen unterschiedliche gängige Definitionen für Rezessionen vor, die – auch wenn sie sich in vielen Fällen überlappen – teils zu unterschiedlichen Diagnosen führen können.

Ein häufig herangezogenes Konzept ist das der „technischen Rezession“, wonach Phasen, in denen das Bruttoinlandsprodukt in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen zurückgeht, als Rezession identifiziert werden. Diese Definition deckt sich weitestgehend mit formalen Identifikationsverfahren, wie dem Bry-Boschan-Algorithmus, der auf etwas flexiblere Weise Hoch- und Tiefpunkte im Niveau des Bruttoinlandsprodukts als konjunkturelle Wendepunkte identifiziert. Unserer Prognose zufolge geht das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal zurück. Nach dem – freilich sehr geringen – Rückgang im zweiten Quartal befände sich die deutsche Wirtschaft damit in einer technischen Rezession. Im Einklang damit stehen die Ergebnisse von Modellen, die eigens für die Vorhersage von Rezessionen entwickelt wurden. So kommt das Modell von Carstensen et al. (2017) ebenfalls zu dem Ergebnis, dass sich die deutsche Wirtschaft seit dem zweiten Quartal in einer Rezession befindet, die sich bis in das vierte Quartal ziehen könnte (Abbildung K1-1). Innerhalb dieses Zeitraums wird lediglich für den August keine erhöhte Rezessionswahrscheinlichkeit angezeigt. Hier zeigt sich der vor allem im Mai verzeichnete vorübergehende Anstieg der in das Modell eingehenden Frühindikatoren, die einen Vorlauf von drei Monaten aufweisen.^a Da sich die Indikatoren seither wieder eingetrübt haben, steigt dem Modell zufolge die Rezessionswahrscheinlichkeit danach wieder an. Die Rezessionsphasen werden innerhalb des Modells identifiziert und orientieren sich nicht strikt an gängigen Identifikationsschemata für Rezessionen. Insgesamt werden die Rezessionen etwas flexibler identifiziert und können auch mit leichten Anstiegen des Bruttoinlandsprodukts einhergehen, grundsätzlich ähneln sie aber den technischen Rezessionen.

Abbildung K1-1:
Rezessionswahrscheinlichkeiten 1991–2019

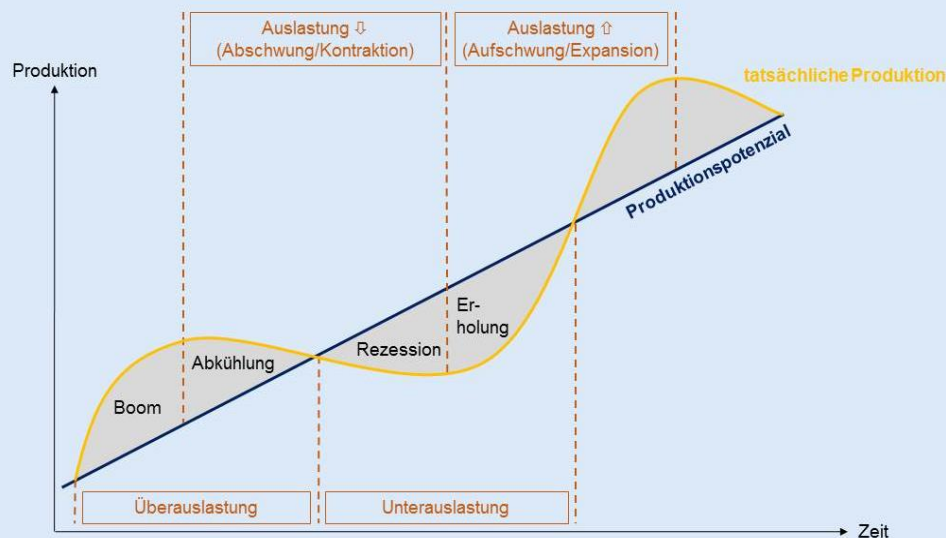


Wahrscheinlichkeiten normaler und schwerer Rezessionen für Deutschland. Zeiträume mit einer Rezessionswahrscheinlichkeit von über 50 Prozent werden als Rezessionen definiert und sind grau hinterlegt.

Quelle: Carstensen et al. (2017).

Mit diesen Methoden können recht zuverlässig wirtschaftliche Schwächephase identifiziert werden. Allerdings kommt es aus wirtschaftspolitischer Sicht mehr darauf an, ob die Wirtschaft über- oder unterausgelastet ist. Der Auslastungsgrad der Wirtschaft lässt sich mittels der Produktionslücke als Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Produktionspotential abschätzen. Das Produktionspotential bildet das Niveau des Bruttoinlandsprodukts ab, das bei Normalauslastung aller Produktionsfaktoren erzielbar ist. Nähert sich das Bruttoinlandsprodukt bei positiver Produktionslücke dem Potential an, wie in den vergangenen Quartalen, so handelt es sich demzufolge um eine Abkühlung, die eine Normalisierung einer zuvor bestehenden Überauslastung darstellt. Wird die Produktionslücke negativ, unterschreitet das Bruttoinlandsprodukt also das Produktionspotential, so befindet sich die Wirtschaft in einer – aus dem Konjunkturbild abgeleiteten – Rezession (Abbildung K1-2).^b

Abbildung K1-2:
Konjunkturphasenschema



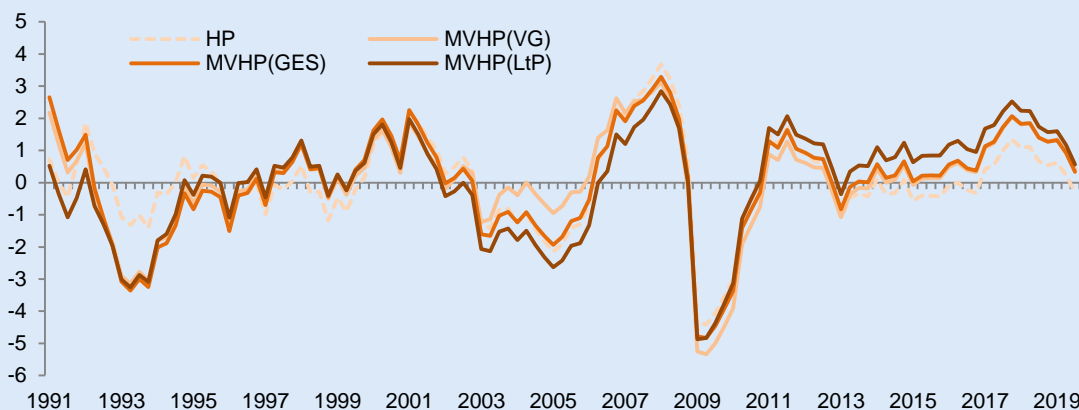
Quelle: Eigene Darstellung.

Das Produktionspotenzial ist jedoch nicht beobachtbar und muss deshalb geschätzt werden. Gängige Schätzverfahren, wie der Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, an dem sich auch unser Schätzverfahren orientiert, unterliegen jedoch gerade am aktuellen Rand einer erheblichen Schätzunsicherheit (Ademmer et al. 2019c). Aufgrund dieser Schätzunsicherheit ist es ratsam, zusätzlich alternative Verfahren und zyklische Indikatoren, wie beispielsweise Unternehmensbefragungen zur Kapazitätsauslastung oder nachfragebedingten Produktionshemmnissen, heranzuziehen.

Ein alternatives Verfahren, mit dem auch aktuelle Indikatoren in die Schätzung der Produktionslücke einbezogen werden können, ist der multivariate Hodrick-Prescott-Filter (MVHP).^c Gegenüber dem häufig verwendeten univariaten Hodrick-Prescott-Filter wird neben dem Bruttoinlandsprodukt ein zusätzlicher Indikator berücksichtigt, der dabei helfen soll, die Produktionslücke akkurater zu bestimmen. Als zusätzliche Indikatoren nutzen wir die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (VG), die ifo Kapazitätsauslastung der Gesamtwirtschaft (KGES) sowie einen aggregierten Indikator basierend auf Unternehmensbefragungen zu Produktionshemmnissen durch mangelnde Nachfrage („Limits to production: demand“) im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor sowie zum Auftragsmangel in der Bauwirtschaft (LTPD). Der Schätzzeitraum läuft vom ersten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 2021 und enthält die vorliegende Prognose für das Bruttoinlandsprodukt. Die Indikatoren liegen bis zum dritten Quartal des laufenden Jahres vor.

Den Ergebnissen zufolge ist die Produktionslücke trotz des voraussichtlichen Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal noch leicht positiv (Abbildung K1-3). Lediglich der am aktuellen Rand weniger verlässliche univariate Hodrick-Prescott-Filter deutet auf eine leicht negative Auslastung hin. Diese Ergebnisse decken sich mit unseren Schätzungen für die Produktionslücke in Anlehnung an das Verfahren der Europäischen Kommission, die auf Jahresdatenbasis durchgeführt werden (Ademmer et al. 2019d). Zwar kann aufgrund der Schätzunsicherheit kaum zwischen einer leicht positiven oder leicht negativen Auslastung unterschieden werden. Diese Unterscheidung ist ökonomisch gesehen jedoch auch weniger bedeutsam. Relevanter ist vielmehr, ob sich die Wirtschaft in einer deutlichen Unterauslastung befindet. Die Ergebnisse und Indikatoren deuten darauf hin, dass dies bislang nicht der Fall ist. Zwar haben sich die Risiken dafür zuletzt spürbar erhöht. Wahrscheinlicher ist derzeit jedoch, dass die deutsche Wirtschaft ab dem vierten Quartal, wenn auch nur allmählich, wieder Tritt fasst.

Abbildung K1-3:
Alternative Schätzungen der Produktionslücke



Quartalsdaten. HP: Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Trend gemäß Hodrick-Prescott-Filter. MVHP(VG), MVHP (GES), MHP (LTP): Multivariater HP-Filter mit Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (VG) bzw. in der Gesamtwirtschaft (GES) sowie den Produktionshemmnissen in der Gesamtwirtschaft durch mangelnde Nachfrage (LiP).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; ifo; Berechnungen des IfW.

^aIn das Modell gehen die folgenden Frühindikatoren ein: Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem In- bzw. Ausland, Auftragseingänge nach Vorleistungsgütern aus dem Inland, Produktionserwartungen in der Industrie für Vorleistungsgüter, Investitionsgüter sowie für die Produktion insgesamt ausweislich der europäischen Kommission. —

^bDie Gemeinschaftsdiagnose bezeichnet diese Phase des Konjunkturzyklus auch als Krise (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2018: Kasten 5.1). — Für eine Anwendung auf Jahresdatenbasis, siehe Ademmer (2018: [IfW-Box 2018.7](#)).

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Ursprungswerte	1,5	0,4	1,0	1,4
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,0	0,4	0,0
kalenderbereinigt	1,5	0,4	0,6	1,4
Statistischer Überhang	1,1	0,2	-0,1	0,5
Verlaufsrate	0,6	0,2	1,1	1,5

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* und *Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

bedarfen. Diese idealtypischen Akzelerator-effekte werden freilich von anderen Faktoren überlagert. Besonders bedeutsam waren im vergangenen Jahr neben den Niedrigwasser-effekten für die Binnenschifffahrt die WLTP-bedingten Produktionsbehinderungen im deutschen Fahrzeugbau, einem Schwergewicht der deutschen Industrie (Jannsen 2019a). Die Auto-

mobilindustrie hat derzeit aber nicht nur mit Umstrukturierungen zu kämpfen, als Hersteller langlebiger Wirtschaftsgüter unterliegt sie auch zyklischen Schwankungen, die für die weitere Entwicklung in den Blick zu nehmen sind. Im kommenden Jahr werden die privaten und öffentlichen Konsumausgaben voraussichtlich den größten Teil des insgesamt mageren Produktionszuwachses absorbieren, und auch die Bautätigkeit bleibt insgesamt spürbar aufwärtsgerichtet, auch weil das Finanzierungsumfeld ausgesprochen günstig bleibt. Die Finanzpolitik ist im gesamten Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet; aus den finanzpolitischen Maßnahmen resultieren in diesem und den beiden kommenden Jahres Impulse, die jeweils knapp einem halben Prozent der Wirtschaftsleistung entsprechen. Die noch in diesem und im kommenden Jahr schwächelnde Konjunktur wird aber Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. So dürfte die Zahl der Erwerbstätigen erstmals seit der Großen Rezession vorübergehend sinken, und die Arbeitslosenquote wird wohl von zuletzt 5 Prozent im Verlauf des Prognosezeitraums auf 5,3 Prozent steigen.

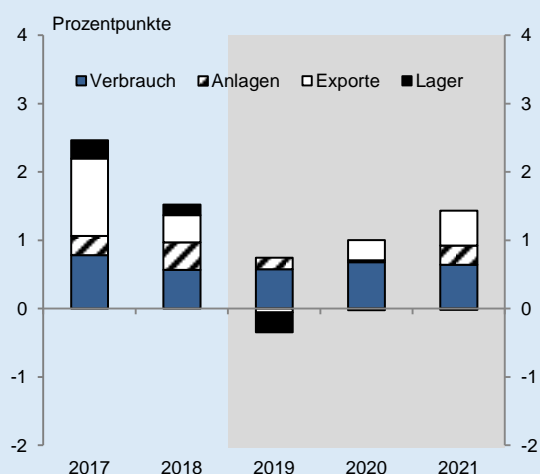
Aus dem Ausland dürften erst nach und nach wieder etwas stärkere Impulse kommen. Angesichts der ausgeprägten Weltmarkt-orientierung der deutschen Wirtschaft spielen die Ausfuhren naturgemäß eine bedeutende Rolle für die Konjunktur in Deutschland. Zwar war die schwache konjunkturelle Entwicklung zum Teil der bis dahin aufgebauten Überhitzung im Inland geschuldet, die einer stärkeren Produktionsausweitung im Wege stand. Allerdings ging sie auch mit einer markanten Verlangsamung im Auslandsgeschäft einher. Dahinter stand nicht zuletzt eine merkliche Beeinträchtigung des Welthandels infolge grassierender Handelskonflikte. Diese behindern nicht nur den Güteraustausch unmittelbar, sondern führen auch über eine erhöhte Politikunsicherheit zu Attentismus seitens der ökonomischen Akteure, wovon gerade die im Investitionsgütergeschäft besonders aktiven deutschen Unternehmen überdurchschnittlich betroffen sind. Hinzu kommt mit dem bislang ungelösten Brexit-Prozess seit dem Votum im Juni 2016 ein mittlerweile drei Jahre währender Unsicherheitsfaktor, der die wirtschaftliche Dynamik im einstmals drittichtigsten deutschen Handelspartner (Jahr 2015), der nun schon auf Rang 6 abgerutscht ist, deutlich beeinträchtigt. In dieser Prognose ist

unterstellt, dass der Welthandel nach und nach wieder Tritt fasst und damit allmählich wieder Anschluss findet an die insgesamt recht robuste Weltkonjunktur (Gern et al. 2019). Kräftigere Impulse dürften aber erst gegen Ende des kommenden Jahres einsetzen (Abbildung 3).

Industrie in der Rezession

Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist nun bereits vier Quartale in Folge rückläufig. Zwar hat in diesem Zeitraum die Industriekonjunktur auch weltweit an Dynamik verloren. Dies kann die deutlichen Einbußen jedoch nur zum Teil erklären, entwickelte sich die Produktion hierzulande doch merklich schwächer als in der Welt: Während die Industrieproduktion in Deutschland im zweiten Quartal um 4 Prozent unterhalb ihres Vorjahreswertes lag, legte sie weltweit um etwa 1,5 Prozent zu (Abbildung 4). Waren die Rückgänge in der zweiten Jahreshälfte 2018 wohl noch zu einem Gutteil Sonderfaktoren geschuldet (Ademmer und Jannsen 2019: [IfW-Box 2019.3](#)), wie den Problemen der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Standard (Jannsen 2019b: [IfW-Box 2019.4](#)) und dem Niedrigwasser am Rhein

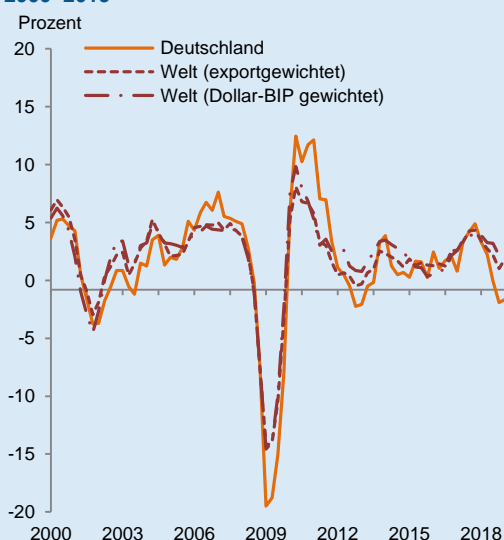
Abbildung 3:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2017–2021



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4:
Industrieproduktion in Deutschland und in der Welt 2000–2019



Quartalsdaten. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

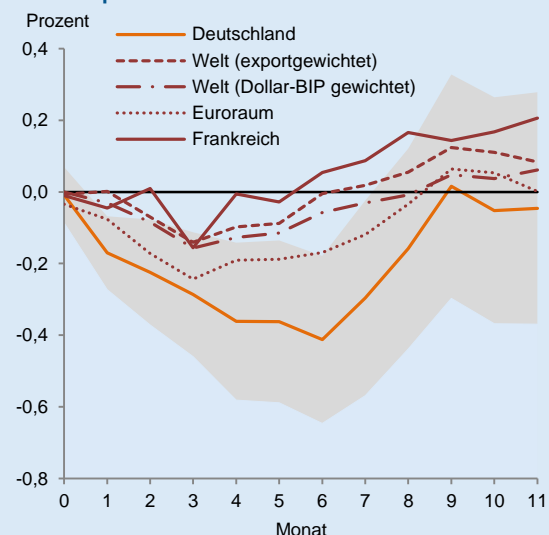
Quelle: Deutsche Bundesbank; OECD; eigene Berechnungen.

(Ademmer et al. 2018.17: [IfW-Box 2018.17](#)), so hat sich inzwischen offenbar auch die Grunddynamik der Industriekonjunktur stark abgeschwächt. Dazu beigetragen haben wohl auch die weiter schwelenden Handelskonflikte, die sich in einem deutlich schwächeren Welthandel und in einer – aufgrund der damit verbundenen hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit – geringeren Investitionstätigkeit zeigen. Dies dürfte die deutschen Industrieunternehmen, welche auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert sind und einen vergleichsweise großen Teil ihrer Produktion exportieren, stärker in Mitleidenschaft ziehen als solche in vielen anderen Volkswirtschaften. Darauf deuten auch Schätzungen der Auswirkungen von wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die Industrieproduktion in verschiedenen Ländern und Regionen hin. So führt ein Anstieg der weltweiten wirtschaftspolitischen Unsicherheit offenbar zu einem deutlich stärkeren Rückgang der Industrieproduktion in Deutschland als im Euroraum, in Frankreich oder weltweit (Abbildung 5).¹ Mittlerweile befindet sich die Kapazitätsauslastung in der Industrie, die vor einem Jahr noch nahe historischen Höchstständen lag, nur noch in etwa auf dem historischen Durchschnitt.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Industrie in die Rezession abgleiten. So ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Juli um 0,8 Prozent zurückgegangen, und das Geschäftsklima lag im Juli und August zum ersten Mal seit Ende 2012 im negativen Bereich. Für die zweite Jahreshälfte rechnen wir deshalb mit weiteren Rückgängen der Industrieproduktion und einem weiteren deutlichen Rückgang der Kapazitätsauslastung. Sofern sich die internationalen Handelskonflikte nicht weiter verschärfen, wird sich die Industrieproduktion zwar wohl den weltweit verzeichneten Zuwachsraten zumindest allmählich wieder annähern. Dies dürfte aber erst im kommenden Jahr wieder zu leicht positiven Zuwachsraten beitragen (Tabelle 3). Ein Risiko für die Produktion in der Auto-

mobilbranche besteht darin, dass die Anpassung des Zulassungsverfahrens nach dem WLTP-Standard im September des laufenden Jahres zu neuerlichen Problemen führt. Für unsere Prognose gehen wir aber davon aus, dass dies nicht zu sichtbaren Spuren in der Industrieproduktion insgesamt führen wird. Die Dienstleistungsbranchen werden wohl in den nächsten Quartalen weiter durch die schwache Industriekonjunktur beeinträchtigt werden. Die Expansion im Baugewerbe dürfte sich hingegen in den kommenden Quartalen fortsetzen, wenngleich mit etwas geringerer Dynamik als noch im vergangenen Jahr. Die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr dürfte angesichts des nach wie vor expandierenden privaten Konsums mit moderaten Raten steigen.

Abbildung 5:
Wirkung von Unsicherheitsschocks auf die Industrieproduktion



Monatsdaten. Auswirkung eines globalen Unsicherheitsschocks. Grau: 68-Prozent Konfidenzintervall für Deutschland. Geschätzt in Anlehnung an Ademmer et al. (2019a: IfW-Box 2019.7) bzw. (2019b: IfW-Box 2019.8).

Quelle: Deutsche Bundesbank; Economic Policy Uncertainty; OECD; eigene Berechnungen.

¹ Zur Methodik und zu ausführlichen Ergebnissen über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die Konjunktur, siehe Ademmer et al. (2019a: IfW-Box 2019.7) und Ademmer et al. (2019b: IfW-Box 2019.8).

Tabelle 3:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2019–2020

	2019				2020	
	I	II	III	IV	I	II
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,1	-0,3	0,1	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,3	-0,3	0,1	0,2	0,2
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,0	-1,5	-1,5	-0,3	0,1	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,4	-1,5	-0,3	0,1	0,2
Baugewerbe	1,1	-0,5	0,0	0,3	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,3	-0,6	0,2	0,2	0,3	0,3
Information und Kommunikation	0,9	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,7	1,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,3	0,7	0,6	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	0,7	0,0	-0,4	0,1	0,2	0,3
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-0,2	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	0,6	0,2	-0,2	-0,2	0,0	0,1

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

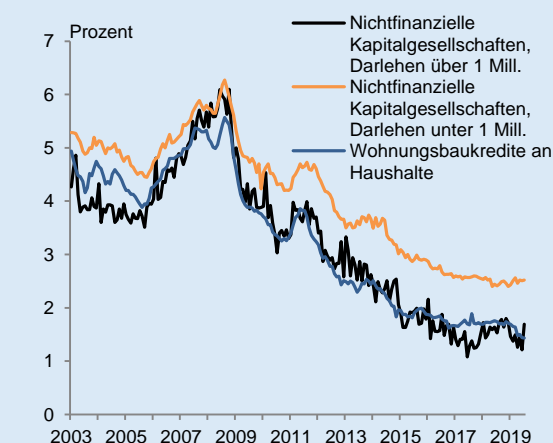
Zinswende rückt in weite Ferne

Die Europäische Zentralbank deutet weitere Lockerungsmaßnahmen an. Gegenwärtig re-investieren die Zentralbanken des Eurosystems die Rückflüsse aus fällig werdenden Anleihen ihres großen Kaufprogramms (APP). Ebenfalls beschlossene Sache ist, dass von September 2019 bis März 2021 neue längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwei Jahren durchgeführt werden und die historisch niedrigen Notenbankzinsen – der Einlagesatz beträgt -0,4 Prozent und der Hauptrefinanzierungssatz 0 Prozent – keinesfalls vor dem zweiten Halbjahr 2020 angehoben werden sollen. Die Kommunikation der Europäischen Zentralbank (EZB) in den Sommermonaten lässt darüber hinaus – auch vor dem Hintergrund der weiterhin unter dem Zentralbankziel verbleibenden Inflation – weitere expansive Maßnahmen erwarten. So rechnen wir mit einem baldigen Zinsschritt, nach dem der Einlagesatz dann -0,7 Prozent betrage, und auch bei den außergewöhnlichen Maßnahmen dürfte die EZB noch einmal nachjustieren. Eine ausdrückliche Strafung ist bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht in Sicht. Der jüngste Rückgang der Renditen von Bundesanleihen deutet daraufhin, dass geldpolitische Lockerungsmaßnahmen von den Finanzmärkten bereits teilweise eingepreist wurden.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig.

Die Darlehenszinsen sind fortwährend niedrig. Wohnungsbaukredite wurden im Juli bei Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren mit 1,4 Prozent verzinst, während für kleinere Unternehmenskredite 2,5 Prozent fällig waren; nur größere Unternehmenskredite verteuerten sich etwas auf 1,7 Prozent (Abbildung 6). Die Unternehmensfinanzierung mittels Anleihen hat sich seit dem Jahreswechsel vergünstigt. Bei mittleren Restlaufzeiten von über drei Jahren fielen die Zinsen von 3,3 Prozent im Januar auf 2,2 Prozent im August. Somit vollzogen sie die

Abbildung 6:
Darlehenszinsen 2003–2019



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur 2018–2021

	2018				2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30	-0,30
Langfristige Zinsen	0,6	0,5	0,4	0,4	0,1	-0,1	-0,5	-0,5	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5
US-Dollar/Euro	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,12	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,1	90,2	90,8	90,5	89,3	89,5	89,6	89,5	89,3	89,2	89,0	88,8	88,7	88,5	88,3	88,1
Exportmärkte	0,7	0,7	0,5	0,5	0,6	0,5	0,47	0,47	0,50	0,51	0,52	0,55	0,56	0,56	0,57	0,57
Rohölpreis	66,9	74,5	75,1	68,8	63,2	68,9	60,8	60,2	60,5	60,8	61,1	61,4	61,7	62	62,3	62,6

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

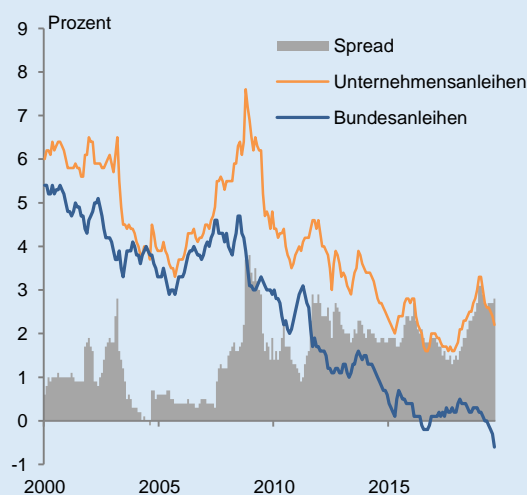
Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Zinsentwicklung bei den Bundesanleihen im gleichen Zeitraum nach, und der Zinsabstand blieb zuletzt in etwa konstant (Abbildung 7). Die Renditen von Schuldtiteln des Bundes sind inzwischen über das gesamte Laufzeitspektrum (bis zu 30 Jahren) negativ. Zehnjährige Anleihen rentieren gegenwärtig mit -0,5 Prozent und wir rechnen damit, dass dieses Zinsniveau bis zum Ende des Prognosezeitraums in etwa Bestand haben wird (siehe Tabelle 4). Alles in allem dürften die Finanzierungskosten also auf absehbare Zeit günstig bleiben. Die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey) deutet im Einklang damit auch auf eine weiterhin kräftige Kreditnachfrage hin, wenngleich zuletzt die Banken per Saldo angaben, ihre Kreditbedingungen gestrafft zu haben.

Die Kreditexpansion setzte sich nahezu unvermindert fort. Insgesamt stiegen die Kredite an den nichtfinanziellen Sektor im Juli um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich mit den ersten beiden Quartalen ließ das Tempo aber etwas nach. Nach wie vor am schnellsten expandierten mit 6,1 Prozent die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen, gefolgt von den Wohnungsbaukrediten, welche um 5,0 Prozent zulegten. Nach wie vor am langsamsten nahmen die Konsumenten- und sonstigen Kredite an private Haushalte mit 2,0 Prozent zu (Abbildung 8). Insgesamt dürfte der Kreditimpuls im dritten Quartal drehen und leicht negativ

ausfallen (Abbildung 9). Die Finanzierung für die nichtfinanziellen Unternehmen über Anleihen nahm zuletzt wieder Fahrt auf – im Juni stieg ihr Volumen im Vorjahresvergleich um 5,2 Prozent.

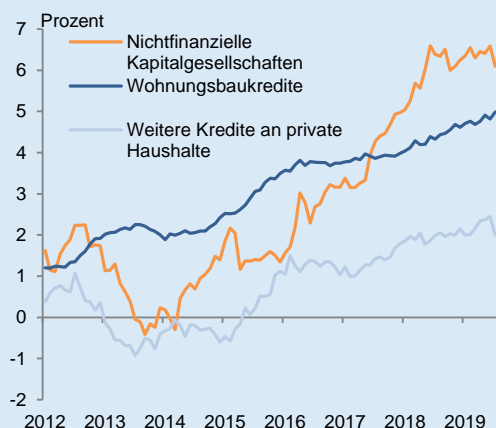
Abbildung 7:
Kapitalmarktzinsen 2000–2019



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

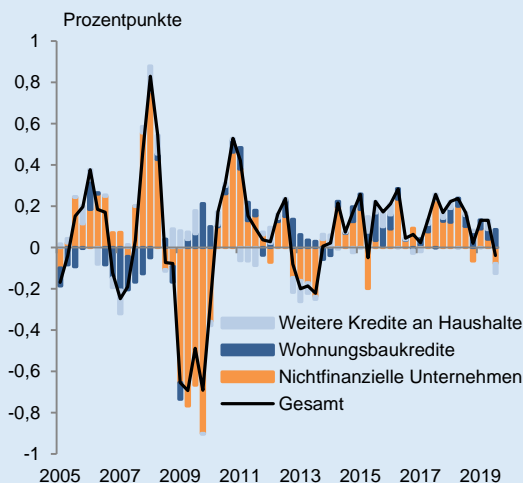
Abbildung 8:
Kreditexpansion 2012–2019



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank; *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Abbildung 9:
Kreditimpuls 2005–2019



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Finanzpolitik ist leicht expansiv ausgerichtet

Im laufenden Jahr wirkt die Finanzpolitik stimulierend. Die Einnahmen der Gebietskörperschaften werden vor allem von der Anhebung der Freibeträge und der Tarifverschiebung in der Einkommensteuer zu Beginn des Jahres

2019 gedämpft (Familienentlastungsgesetz). Dem wirken allerdings die Anhebung der Mautsätze und die Ausweitung der mautpflichtigen Straßen zur Mitte des Vorjahres entgegen. In der Summe dämpfen die finanzpolitischen Maßnahmen die Einnahmen der Gebietskörperschaften aber. Die Einnahmen der Sozialversicherungen werden hingegen leicht gestützt. Während der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt wurde, stieg er in der sozialen Pflegeversicherung im gleichen Maße an. Da die Pflegeversicherung einen größeren Versichertenkreis hat, steigen die Einnahmen per Saldo. Auf der Ausgabenseite führt eine Vielzahl von finanzpolitischen Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen zu Mehrausgaben der Gebietskörperschaften. Von relativ großer Bedeutung sind der Anstieg der Verteidigungsausgaben und die Anhebung des Kindergeldes. Die Ausgaben der Sozialversicherungen werden vor allem durch die Ausweitung der „Mütterrente“ und höhere Zahlungen der Rentenkassen im Zuge der Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. In der Summe belasten die finanzpolitischen Maßnahmen die öffentlichen Haushalte mit 20 Mrd. Euro (Tabelle 5). Berücksichtigt man Progressionseffekte und real sinkende Mengensteuersätze (automatische Reaktionen) ist der Saldo der gesamtstaatlichen Maßnahmen mit -16,4 Mrd. Euro etwas geringer (0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). In dieser Aufstellung unberücksichtigt ist allerdings, dass Länder und Kommunen, deren Maßnahmen zu vielzählig und kleinteilig sind, um sie hier zu erfassen, angesichts der guten Kassenlage der vergangenen Jahre Konsum und Investitionen im laufenden Jahr ausweiten dürften (Boysen-Hogrefe 2018b: [IfW-Box 2018.20](#)).

Der finanzpolitische Impuls lässt im Jahr 2020 nur wenig nach. Abermals führt das Familienentlastungsgesetz zu merklichen Steuermindereinnahmen. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden durch den Anstieg des Kindergeldes und den verstärkten Ausbau des Schienennetzes erhöht. Bei den Ausgaben der Sozialversicherungen rechnen wir mit spürbaren Effekten des Pflegepersonalstärkungsgesetzes, da die Anlaufschwierigkeiten bei der Anwerbung zusätzlicher Pflegekräfte, die zu

Tabelle 5:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2019–2021^a (Mrd. Euro)

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Alterseinkünftegesetz ^c	-0,8	-0,8	-0,8
Familienentlastungsgesetz	-3,0	-4,2	-0,7
Turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer	0,0	0,0	-1,4
Reduktion des Solidaritätszuschlags	0,0	0,0	-9,8
Sonderabschreibungen im Mietwohnungsbau	0,0	0,0	-0,1
Steuerliche Forschungsförderung	0,0	-0,7	-0,4
Jahressteuergesetz 2019	0,0	-0,3	-0,2
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,1	0,1	0,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d	-3,1	-0,7	0,8
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen und Mauterhöhung	1,6	0,1	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung 2017 und 2019	7,2	0,2	0,0
Reduktion der Beiträge von Selbständigen zur gesetzlichen Krankenversicherung	-0,8	0,0	0,0
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	-5,9	-0,1	-0,1
Erweiterung der Midi-Jobs (Ausweitung der Gleitzone)	-0,2	-0,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kindergeldanhebung zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	-1,0	-1,0	-2,3
Einsparungen bei ALG II durch Kindergeldanhebung	0,1	0,1	0,0
Wiedereinführung der Parität in der GKV (öffentl. Haushalte als Arbeitgeber)	-0,9	0,0	0,0
„Gute-KiTa-Gesetz“	-0,4	-0,4	-0,8
Zuschuss des Bundes zur Gemeindeverkehrsfinanzierung	-0,4	0,9	0,0
Ausbau des Schienennetzes	0,8	-1,0	0,0
Kaufbonus E-Mobilität	-0,2	0,0	0,1
Hilfe von Bund und Ländern wegen Ernteausfällen	0,1	0,0	0,0
Zusätzliche Personalausgaben bei Bund und Ländern	-0,5	-0,5	-0,1
Zusätzliche Ausgaben im Bereich Verteidigung	-3,0	-1,0	1,0
Entwicklungspolitik	-0,5	0,0	0,0
Baukindergeld	-0,3	0,0	0,1
Kinderzuschlag („Starke-Familien-Gesetz“)	-0,2	-0,6	0,0
Familiengeld (Bayern)	-0,4	-0,1	0,0
Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus (Bayern)	-0,1	-0,1	0,0
Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose	-0,4	-0,4	0,0
Digitalpakt Schule	-0,5	-0,5	0,0
Breitbandausbau	0,0	-0,9	0,0
BAFöG	-0,2	-0,5	-0,1
Ausstiegshilfen Braunkohle	-0,5	0,0	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	0,0	-0,3	0,0
Qualifizierungschancengesetz	-0,1	-0,1	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Reform der Krankenhausversorgung	-0,7	-0,2	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	-0,5	0,0	-0,6
Qualifizierungschancengesetz	-0,7	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,2	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1	-0,1
Wiedereinführung der Parität in der GKV (Auswirkung auf die Rentenkasse)	-1,4	0,0	0,0
„Mütterrente II“	-3,8	0,0	0,0
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-0,3	-1,0	-0,1
Ausweitung der Kurzarbeit	0,0	-0,4	0,0
Grundrente	0,0	0,0	-2,0
Zwischensumme	-21,2	-15,4	-17,9
Automatische Reaktionen			
Heimliche Steuererhöhungen (Einkommensteuer)	4,8	5,1	5,2
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-1,2	-1,3	-1,3
Summe	-17,6	-11,6	14,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-0,5	-0,3	-0,4

^aOhne makroökonomische Rückwirkungen. — ^bDie Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. — ^cSaldiert mit erwarteten zusätzlichen Einnahmen durch die Besteuerung der Alterseinkünfte. — ^dUmfasst u.a. Betriebsrentenstärkungsgesetz, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassung, Reform der Investmentbesteuerung.

Quelle: Bundesfinanzministerium; Bundesgesundheitsministerium; Bundesministerium für Arbeit und Soziales; eigene Berechnungen und Schätzungen.

einem sehr geringen Mittelabfluss im Jahr 2019 führten, allmählich überwunden werden dürften. Zudem gehen wir davon aus, dass das arbeitsmarktpolitische Instrument Kurzarbeit angesichts der Wende am Arbeitsmarkt ausgedehnt wird. In der Summe rechnen wir mit einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte durch finanzpolitische Maßnahmen in Höhe von gut 15 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen wird der Betrag mit knapp 12 Mrd. Euro (0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) etwas niedriger ausfallen.

Das Jahr 2021 ist von der Reduktion des Solidaritätszuschlags gekennzeichnet. Der Solidaritätszuschlag wird für einen Großteil der Steuerpflichtigen entfallen, was mit Mindereinnahmen von etwa 10 Mrd. Euro einhergeht. Zudem soll das Kindergeld abermals erhöht werden und es ist mit einer – allerdings noch nicht von Seiten des Gesetzgebers näher spezifizierten – Korrektur des Einkommensteuertarifs zu rechnen, um den Vorgaben des Existenzminimumberichts und des Progressionsberichts, die beide Ende 2020 anstehen, gerecht zu werden.² Außerdem rechnen wir für das Jahr 2021 mit der Einführung der Grundrente. Wir unterstellen zusätzliche Ausgaben von 2 Mrd. Euro, da wir davon ausgehen, dass der Kompromiss innerhalb der Koalition eine gewisse Form der Bedürftigkeitsprüfung enthalten wird, so dass die zusätzlichen Ausgaben nicht deutlich über denen liegen, die im Koalitionsvertrag des Jahres 2018 vereinbart waren. Insgesamt summiert sich somit die direkte Kassenwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen auf Einbußen in Höhe von knapp 18 Mrd. Euro. Berücksichtigt man automatische Reaktionen sind die Einbußen mit 14 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) etwas niedriger.

² Typischerweise steigt das Existenzminimum regelmäßig. Um die Steuerfreiheit des Existenzminimums zu garantieren, werden entsprechend die Freibeträge in der Einkommensteuer erhöht. Die regelmäßigen Progressionsberichte dienen hingegen dazu, die Effekte der „kalten Progression“ zu erfassen mit dem Ziel, diese mit einer Korrektur des Tarifs auszugleichen.

Außenhandel in ausgedehnter Schwächephase

Der Außenhandel expandiert im Prognosezeitraum verhalten. Nachdem die bereits seit Anfang des Jahres 2018 bestehende, nicht zuletzt durch Sonderfaktoren eingeleitete Schwächephase der Exporte durch einen kräftigen Zuwachs zu Beginn des laufenden Jahres unterbrochen worden war, gingen die Ausfuhren – insbesondere die Warenlieferungen an das Vereinigte Königreich und nach China – im zweiten Quartal wieder deutlich zurück. Zwar stiegen die nominalen Warenexporte von Konsumgütern, die der Vorleistungs- und Investitionsgüter nahmen dagegen spürbar ab. Dieser Rückgang dürfte auf die erhöhte weltweite Unsicherheit und die damit in Zusammenhang stehende schwächere Investitionstätigkeit in wichtigen Absatzmärkten zurückzuführen sein. Zudem wurden die Einbußen bei den nominalen Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Zuge der WLTP-Einführung im Sommer des letzten Jahres (Janssen und Kallweit 2018) bislang nicht aufgeholt; zuletzt sanken die Exporte dieser Güter sogar wieder und befinden sich nach wie vor unter ihrem Vorjahresniveau. Im zweiten Halbjahr werden die Ausfuhren wohl verhalten bleiben und sich erst zum Ende des Prognosezeitraums aus ihrer Schwächephase befreien (Kasten 2, Abbildung 10). Die Importe waren im zweiten Quartal ebenfalls rückläufig, nachdem sie bereits seit Mitte 2018 an Tempo eingebüßt hatten. Während die nominalen Wareneinfuhren von Konsumgütern zulegten, gingen die Importe von Investitions- und Vorleistungsgütern im Einklang mit den verhaltenen Ausrüstungsinvestitionen und rückläufigen Exporten zurück. Für den Prognosezeitraum sind aufgrund der vorübergehend schwächelnden Binnenkonjunktur zunächst niedrige Expansionsraten angelegt, die wohl erst im Jahr 2021 wieder an Fahrt gewinnen werden (Abbildung 11).

Im zweiten Quartal lieferten die deutschen Exporteure deutlich weniger Waren nach Europa und China. Die nominalen Warenausfuhren in den Euroraum sanken spürbar – sie

Kasten 2: **Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2019**

In den vergangenen Quartalen haben wir unsere Prognose des Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr deutlich reduziert. Während wir im Dezember noch von einer Zuwachsrate von 1,8 Prozent ausgegangen waren, rechnen wir nun mit einem Anstieg um 0,3 Prozent. Diese Revision zwischen Winter- und Herbst-Prognose von 1,5 Prozentpunkten ist ungewöhnlich hoch; zwischen den Jahren 1993 und 2018 betrug sie absolut im Durchschnitt 0,8 Prozentpunkte. In dieser ausgeprägten Revision spiegelt sich auch wider, dass wirtschaftliche Schwächephasen nur recht schwer zu prognostizieren sind und die systematischen Prognosefehler für solche Phasen dementsprechend deutlich höher ausfallen (Dovern und Jannsen 2017a, 2017b). Auch unsere konjunkturelle Einschätzung haben wir seit dem vergangenen Winter angepasst. Während wir damals vorerst mit einem Fortgang der Hochkonjunktur rechneten, hat offenbar bereits im vergangenen Jahr ein Abschwung eingesetzt.

Insgesamt haben wir unsere Prognose erst seit dem Frühjahr deutlich nach unten angepasst. Ein Grund dafür war, dass die konjunkturelle Abkühlung durch temporäre Faktoren überlagert wurde. So haben in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres die Probleme der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Prüfverfahren (Jannsen und Kallweit 2018) sowie das Niedrigwasser im Rhein (Ademmer et al. 2018: [IfW-Box 2018.17](#)) maßgeblich zur Schwäche des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Mit dem Auslaufen dieser zeitlich begrenzten dämpfenden Faktoren hatten wir mit kräftigen Aufhol-effekten im Winterhalbjahr gerechnet. Insgesamt stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion jedoch nur verhalten, da sich die konjunkturelle Grundtendenz offenbar zeitgleich deutlich abgeschwächt hatte. Seit dem Frühjahr haben sich die konjunkturellen Frühindikatoren nochmals merklich eingetrübt, so dass wir unsere Prognose weiter nach unten angepasst haben.

Die schwächere konjunkturelle Entwicklung zeigt sich deutlich in unseren Revisionen für die Zuwachsrate der Exporte. Im Vergleich zum vergangenen Winter gehen wir nun von einem um 3 Prozentpunkte geringeren Anstieg aus. Zwar sind hier größere Prognosekorrekturen angesichts der hohen Volatilität der Ausfuhren nicht ungewöhnlich. Bemerkenswert ist aber, dass lediglich ein Fünftel dieser Anpassung auf die Revision unserer Einschätzung bezüglich der Konjunktur in den Abnehmerländern („Exportmärkte“) – ein zentraler Indikator für die Prognose der Exporte – zurückzuführen ist. Ein Grund dafür dürfte sein, dass sich die Elastizität der Exporte bezüglich der Auslandskonjunktur – gemessen anhand der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren – strukturell abgeschwächt hat. Die deutschen Exporte würden damit eine Entwicklung nachzeichnen, die sich für den Zusammenhang zwischen Welthandel und dem weltweiten Bruttoinlandsprodukt bereits etwas früher und deutlich ausgeprägter gezeigt hatte (EZB 2016; Jannsen 2014a: [IfW-Box 2014.7](#); Jannsen 2014b: [IfW-Box 2014.9](#)). Zudem könnten zeitlich begrenzte Störfaktoren die deutschen Exporte gegenüber der Produktion in den Abnehmerländern überproportional stark belastet haben. So schlugen sich die Probleme der Automobilhersteller und das Niedrigwasser auch sichtbar in den Ausfuhren nieder. Außerdem dürfte die weltweit gestiegene politische Unsicherheit insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern, auf die die deutschen Exporteure in besonderem Maße spezialisiert sind, dämpfen. Vor diesem Hintergrund werden wir für unsere Prognosen der Exporte zukünftig Modellen, die für die jüngsten systematischen Abweichungen kontrollieren, ein höheres Gewicht beimessen. Auch werden wir stärker Modelle, die die Exporte konditioniert auf unsere Erwartungen für den Welthandel prognostizieren, stärker einbeziehen. Diese Modelle weisen zwar in der Regel einen etwas geringeren Gleichlauf mit den Exporten auf als solche, die das exportgewichtete Bruttoinlandsprodukt in den Absatzmärkten beinhalten. Allerdings waren ihre Ergebnisse zuletzt weniger stark verzerrt.

Die deutlichen Abwärtsrevisionen für die Zuwachsrate der inländischen Verwendung resultierten vor allem aus dem hohen negativen Expansionsbeitrag der Vorratsveränderungen. Vom zeitlichen Profil her könnten die Schwankungen bei den Vorratsveränderungen mit den Problemen der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Prüfverfahren in Verbindung gebracht werden, die im Herbst des vergangenen Jahres zu einem Aufbau der Lagerhaltung geführt haben dürften, die später mit dem Abklingen der Probleme wohl wieder reduziert worden ist. Die Vorratsveränderungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind jedoch nur bedingt ökonomisch interpretierbar, da dem Statistischen Bundesamt erst mit einiger Verzögerung Erhebungsdaten vorliegen. Deshalb unterstellen wir in unseren Prognosen regelmäßig für diese Verwendungskomponente einen neutralen Expansionsbeitrag. Die Auswirkungen der Probleme mit dem WLTP-Prüfverfahren auf die Vorratsveränderungen sind ohnehin nur schwer abschätzbar, da kaum Indikatoren für die Lagerhaltung der Automobilhersteller vorliegen und die verfügbaren Indikatoren, wie Unternehmensbefragungen, kaum mit dem zeitlichen Profil bei den gesamtwirtschaftlichen Vorratsveränderungen übereinstimmen.

Unsere Prognose für die privaten Konsumausgaben haben wir in unserer aktuellen Prognose deutlich abwärtsrevidiert. Zu einem Gutteil ging diese Korrektur auf die Revision früherer Werte durch das Statis-

tische Bundesamt zurück. Auch hinter der deutlich höheren Prognose für die Zuwachsrate bei den sonstigen Anlageinvestitionen in der aktuellen Prognose stehen ebenfalls im Wesentlichen Revisionen früherer Werte durch das Statistische Bundesamt. Die deutliche Abwärtskorrektur bei den Ausrüstungsinvestitionen ist dagegen der deutlichen Anpassung unserer Prognose für die zweite Jahreshälfte geschuldet.

Table K2-1:
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2019

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prognose	Revision	Prognose	Revision (3)-(1)	Prognose	Revision (5)-(3)	Prognose	Revision (7)-(5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Inländische Verwendung	2,3	-0,3	1,8	-0,5	1,3	-0,5	1,0	-0,3
Privater Konsum	1,9	-0,3	1,5	-0,4	1,7	0,2	1,3	-0,4
Staatlicher Konsum	2,7	0,5	1,9	-0,8	1,6	-0,3	2,1	0,5
Ausrüstungen	2,7	-0,7	1,7	-1,0	2,4	0,7	0,4	-2,0
Bauten	3,1	0,1	2,8	-0,3	4,4	1,6	3,2	-1,2
Sonst. Anlageinvestitionen	1,3	-1,3	1,2	-0,1	0,0	-1,2	1,6	1,6
Vorratsveränderungen	0,2	0,2	0,0	-0,2	-0,6	-0,6	-0,6	0,0
Außenbeitrag	-0,4	-0,3	-0,7	-0,3	-0,6	0,1	-0,5	0,1
Ausfuhr	3,6	-1,1	2,8	-0,8	1,2	-1,6	0,9	-0,3
Einfuhr	5,2	-0,7	5,0	-0,2	2,9	-2,1	2,3	-0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,2	1,0	-0,8	0,6	-0,4	0,4	-0,2
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	2,5	0,1	2,1	-0,4	2,4	0,3	2,2	-0,2
Euroraum ohne Deutschland	1,6	-0,2	1,3	-0,3	1,4	0,1	1,5	0,1
Weltwirtschaft	2,9	-0,1	2,7	-0,2	2,7	0,0	2,5	-0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-0,5	0,0	-0,6	-0,1	-1,3	-0,7	-1,3	0,0
Exportmärkte	2,4	0,0	2,1	-0,3	2,1	0,0	2,1	0,0
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	62,0	-	65,7	-	63,5	-	63,3	

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

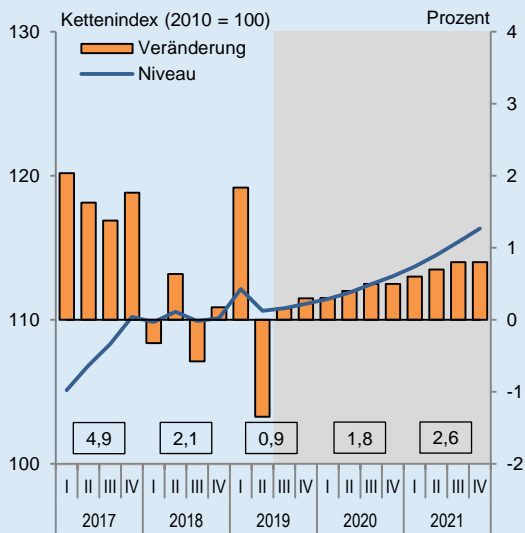
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

waren allerdings zuvor seit dem Jahr 2015 ununterbrochen gestiegen. Für den Rückgang der Lieferungen in die übrige Europäische Union war der Einbruch der Ausfuhren in das Vereinigte Königreich maßgeblich. Dort war es im Winterhalbjahr zu einem vermehrten Vorratsaufbau vor dem Hintergrund des ursprünglich für Ende März geplanten Austritts aus der Europäischen Union und der damit verbundenen Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Beziehung der Handelspartner gekommen. Insgesamt sank der Anteil des Vereinigten Königreichs an den deutschen Exporten seit dem Brexitvotum um 2 Prozentpunkte auf zuletzt 5,5 Prozent. Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten legten nach einem schwachen Winterhalbjahr kräftig zu; eine ähnliche Dynamik war bei den Lieferungen nach Russland und die

ölexportierenden Länder zu beobachten. Hingegen waren die Ausfuhren nach China nach einem starken Vorquartal deutlich rückläufig; insgesamt gingen die Warenausfuhren nach Asien jedoch nur leicht zurück. Seit Beginn des Handelskonflikts zwischen den Vereinigten Staaten und China blieb der Anteil der deutschen Warenausfuhren in die Vereinigten Staaten unverändert bei etwa 9 Prozent; Chinas Anteil vergrößerte sich leicht auf gut 7 Prozent.

In der zweiten Jahreshälfte bleiben die Ausfuhren schwach. Die Frühindikatoren zeichnen ein gemischtes Bild. Zwar lag der Juli-Wert der preisbereinigten Monatswerte des Spezialhandels bei 1,3 Prozent über dem Vorquartal. Vorliegende Frühindikatoren deuten dagegen auf

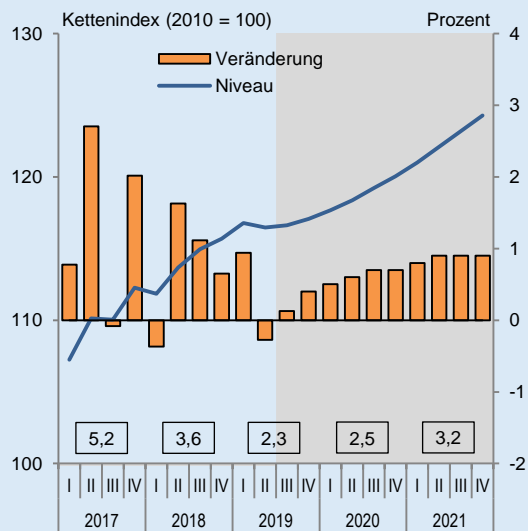
Abbildung 10:
Exporte 2017–2021



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

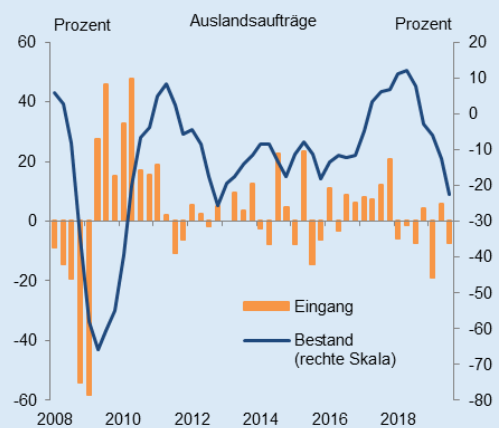
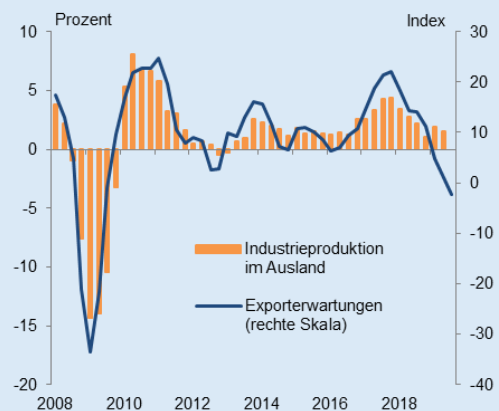
Abbildung 11:
Importe 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 12:
Exportindikatoren 2008–2019



Quartalsdaten, Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragszugang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

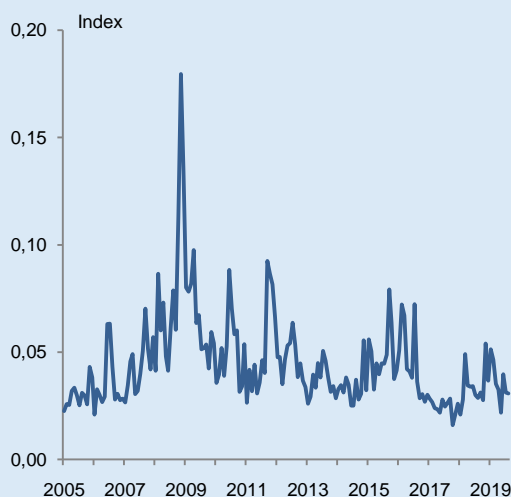
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

eine schwache Entwicklung hin (Abbildung 12). So haben sich die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe ausweislich des ifo-Konjunkturtests im Juli nochmals erheblich eingetrübt und befinden sich nun deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern, die bereits seit der Jahreswende spürbar gefallen war, gab im August erneut nach und immer weniger Unternehmen schätzen ihren Bestand an nicht abgearbeiteten Aufträgen aus dem Ausland als günstig ein. Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland, die sich im zweiten Quartal nach einem Einbruch zu Jahresbeginn kurzzeitig erholt hatten, sanken im Juli erneut. Die Unsicherheit an den Finanzmärkten in den Absatzländern war nach einem Anstieg im Winterhalbjahr zuletzt wieder geringer (Abbildung 13).³

Im übrigen Prognosezeitraum expandieren die Ausfuhren in langsamem Tempo und gewinnen nur allmählich an Fahrt. Maßgeblich ist, dass sich die Konjunktur in den deutschen Exportmärkten im Jahr 2020 weiter abschwächen und erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder mit stärkeren Raten expandieren wird (Abbildung 14; Gern et al. 2019). Zudem dürfte die anhaltende politische Unsicherheit insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern, auf die die deutschen Exporteure spezialisiert sind, noch geraume Zeit dämpfen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich im Durchschnitt des laufenden Jahres zwar spürbar (Abbildung 15). Maßgeblich hierfür ist jedoch die deutliche Verbesserung zu Jahresbeginn im Zuge der Abwertung des effektiven Wechselkurses. Zuletzt verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dagegen leicht. Für den weiteren Verlauf sind nur mehr geringfügige Verbesserungen angelegt. Insgesamt

prognostizieren wir für die Exporte Zuwachsraten von 0,9 Prozent im laufenden, 1,8 Prozent im kommenden Jahr sowie 2,6 Prozent im Jahr 2021.

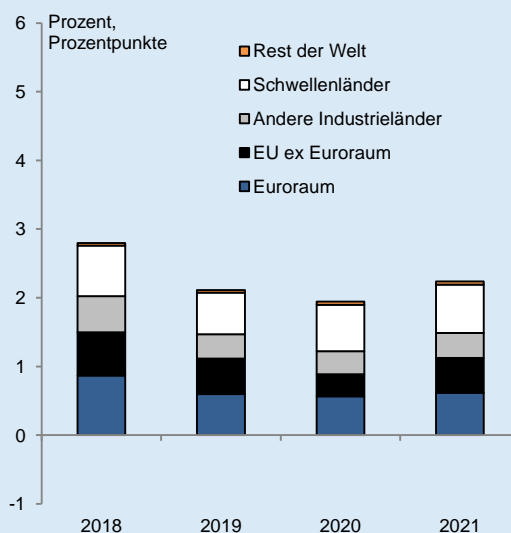
Abbildung 13:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2008–2018



Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Abbildung 14:
Deutsche Exportmärkte 2018–2021

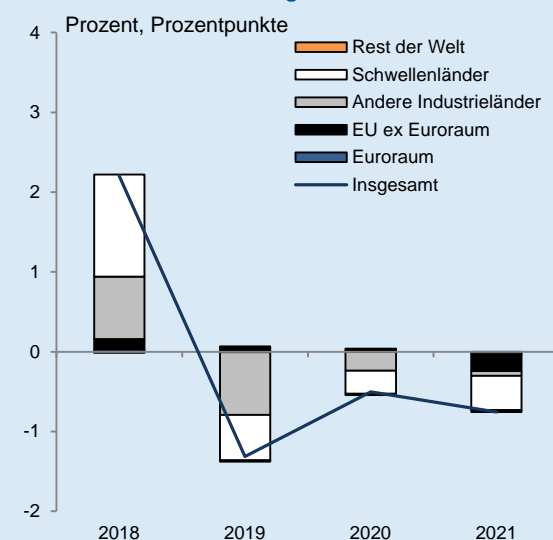


Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2021: Prognose des ifw.

³ Die Unsicherheit an den Finanzmärkten wird anhand der Volatilität von Tageskursen an den Aktienmärkten in den deutschen Absatzländern berechnet. Bislang berechneten wir die Volatilität innerhalb eines Quartals basierend auf Cesa-Bianchi et al. (2018). Quartalswerte eignen sich allerdings nur bedingt zur Einschätzung am aktuellen Rand, da der Wert für das laufende Quartal jeweils nach der Veröffentlichung unserer Prognose verfügbar wird. Deshalb haben wir die Berechnung auf Monatsdatenbasis umgestellt und berechnen die Volatilität der Tageskurse innerhalb eines Monats.

Abbildung 15:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2018–2021



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2017; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2021: Prognose des IfW.

Die Einfuhren legen im Prognosezeitraum zunächst nur mit schwachen Raten zu. Für das dritte Quartal deuten die preisbereinigten Wareneinfuhren im Spezialhandel für den Juli im Einklang mit der schwächelnden Binnenkonjunktur darauf hin, dass die Importe in etwa unverändert bleiben. Im weiteren Verlauf werden die Einfuhren aufgrund der schwachen Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen, des privaten Konsums und der Ausfuhren zunächst verhalten expandieren und nur allmählich an Tempo zulegen. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit einer Zuwachsrate der Importe von 2,3 Prozent, gefolgt von 2,5 Prozent im Jahr 2020 und 3,2 Prozent im Jahr 2021.

Die Terms of Trade verbessern sich in der zweiten Jahreshälfte spürbar, im weiteren Verlauf ist keine Veränderung angelegt. Im Frühjahr verschlechterten sich die Terms of Trade geringfügig, da die Importpreise leicht zunahmten, wohingegen die Exportpreise stagnierten. Im dritten Quartal dürften sich die Terms of Trade hingegen deutlich verbessert haben. So deuten die Monatswerte im Spezialhandel darauf hin, dass die Importpreise merklich stärker gefallen sind als die Exportpreise.

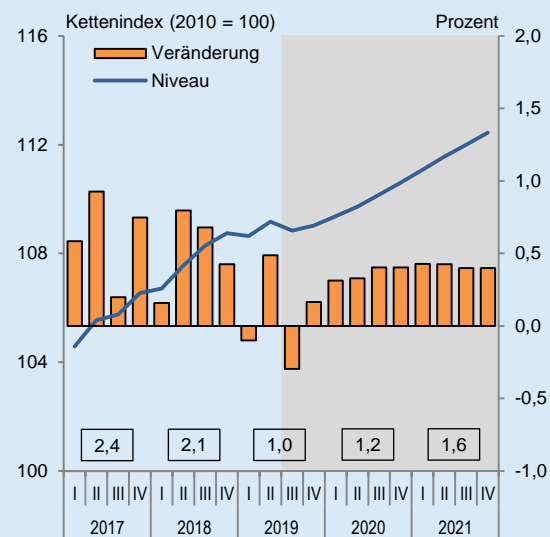
Dahinter steht der Rückgang des Ölpreises im Sommer. Auch im Schlussquartal verbessern sich die Terms of Trade wohl weiter, da sowohl die Ausfuhr- als auch die Einfuhrpreise bedingt durch den jüngst weiter gefallenen Ölpreis leicht abnehmen dürften, letztere jedoch in etwas stärkerem Maße. Im weiteren Verlauf werden die Terms of Trade gegeben unserer Wechselkurs- und Ölpreisannahmen wohl unverändert bleiben, da keine Änderung der Preissetzungsspielräume bei den Exporteuren auszumachen ist. Insgesamt rechnen wir damit, dass sich die Terms of Trade im laufenden Jahr um 1 Prozent verbessern. Für das kommende Jahr ergibt sich bedingt durch das hohe Ausgangsniveau zu Jahresbeginn eine weitere Verbesserung um 0,8 Prozent. Im Jahr 2021 dürften sie in etwa unverändert bleiben.

Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bleibt im Prognosezeitraum in etwa unverändert. Im Jahr 2018 hatte er sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf 7,5 Prozent zurückgebildet, da zum einen die volumenmäßigen Importe stärker zulegten als die Exporte und sich zum anderen die Terms of Trade verschlechterten. Im Prognosezeitraum legen zwar die realen Einfuhren laut unserer Prognose weiterhin kräftiger zu als die Ausfuhren, jedoch wirkt die Verbesserung der Terms of Trade im laufenden und kommenden Jahr einem Rückgang des Leistungsbilanzsaldos entgegen. Zudem wird der Saldo der Vermögenseinkommen wohl steigen, da das Nettoauslandsvermögen weiter zunimmt und die Renditedifferenziale (zwischen deutschen Investitionen im Ausland und ausländischen Investitionen in Deutschland) positiv bleiben dürften.

Inländische Verwendung: Schwache Industriekonjunktur schlägt auf die Investitionen durch

Die sich abkühlende Konjunktur zeigt sich zunehmend in der heimischen Absorption. Im zweiten Quartal legte die letzte inländische Verwendung recht kräftig um 0,5 Prozent zu (Abbildung 16). Maßgeblich war jedoch ein Anstieg bei den sehr schwankungsanfälligen Vorratsveränderungen. Rechnet man diese heraus, ergab sich kaum mehr als eine Stagna-

Abbildung 16:
Letzte inländische Verwendung 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

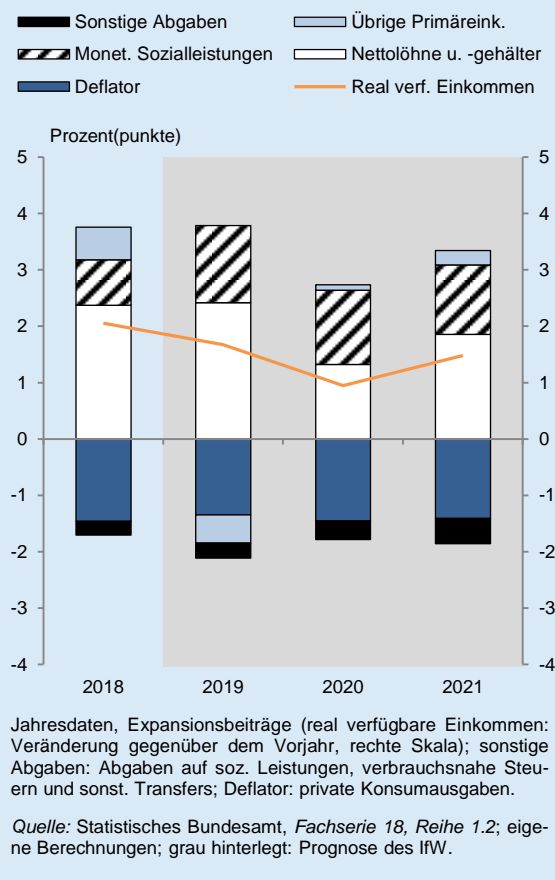
tion, wobei sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Bruttoanlageinvestitionen in etwa ihr Niveau vom Vorquartal hielten. In den kommenden Quartalen dürfte die heimische Absorption weiter zur Schwäche tendieren. Die Unternehmensinvestitionen werden in der zweiten Jahreshälfte angesichts der deutlich eingetrübten Unternehmenserwartungen wohl spürbar zurückgehen und auch danach nur wenig Dynamik entfalten. Gestützt wird die heimische Absorption zwar durch die aufwärts gerichteten privaten Konsumausgaben. Allerdings hinterlässt die sich abschwächende Konjunktur offenbar zunehmend Bremsspuren am Arbeitsmarkt, so dass wir angesichts der daraus resultierenden weniger dynamischen Einkommensentwicklung nun mit geringeren Zuwachsraten rechnen als noch im Sommer. Alles in allem dürfte die heimische Absorption im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um kaum mehr als 1 Prozent zulegen und damit insbesondere im Jahr 2020 mit deutlich geringeren Raten, als wir in unserer Sommer-Prognose erwartet hatten. Für das Jahr 2021 rechnen wir mit einer Beschleunigung auf rund 1,6 Prozent, nicht zuletzt weil dann die Schwäche bei den Unternehmensinvestitionen wohl überwunden sein wird.

Die Eintrübung am Arbeitsmarkt lastet auf Einkommensanstiegen der privaten Haushalte.

Die verfügbaren Einkommen legten im vergangenen Jahr mit 3,5 Prozent so deutlich zu wie seit dem Jahr 2001 nicht mehr. Diese Dynamik wird sich im Prognosezeitraum merklich abschwächen. Insbesondere im kommenden Jahr wird der sich abkühlende Arbeitsmarkt spürbare Bremsspuren bei der Lohnsumme hinterlassen. Wir rechnen mit einem Anstieg von 2,6 Prozent nach 4,2 Prozent im laufenden Jahr. Zudem werden im kommenden Jahr die Impulse seitens der Finanzpolitik deutlich geringer ausfallen. So werden im laufenden Jahr vor allem aufgrund der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung die Löhne und -gehälter netto deutlich rascher steigen als brutto. Zudem wurden die monetären Sozialleistungen durch die Ausweitung der Mütterrente erhöht. Gestützt werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2020 zwar durch eine kräftige Rentenerhöhung, die sich aufgrund der VGR-Revision ergibt. Allerdings erfolgt die Anpassung erst zur Mitte des Jahres und wird deshalb nicht voll für das Jahresergebnis wirksam. Für das Jahr 2021 rechnen wir mit der weitestgehenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die alleine die verfügbaren Einkommen um rund 0,5 Prozent erhöht. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) dürften im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Neben der schwachen Konjunktur werden sie auch durch die Wiedereinführung der paritätische Finanzierung der Krankenversicherung zumindest temporär belastet. Bereits ab dem kommenden Jahr rechnen wir trotz der weiter geringen konjunkturellen Dynamik mit einem recht kräftigen Anstieg von 4 Prozent. Maßgeblich dafür sind jedoch vor allem die deutlich höhere Zahl an Arbeitstagen sowie die Verbesserung der Terms of Trade, die sich erfahrungsgemäß deutlich bei den UVE bemerkbar machen (Jannsen 2017: [IfW-Box 2017.11](#)). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden wohl eine ähnliche Dynamik aufweisen, wenn auch mit deutlich weniger ausgeprägten Schwankungen, so wie es auch die historischen Zusammenhänge nahelegen. Alles in allem dürfte sich die Zuwachsrate der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 3 Prozent im laufenden Jahr auf 2,4 Prozent im

kommenden Jahr merklich verlangsamen (Abbildung 17). Für das Jahr 2021 rechnen wir wieder mit einem höheren Anstieg von knapp 3 Prozent.

Abbildung 17:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2018–2021

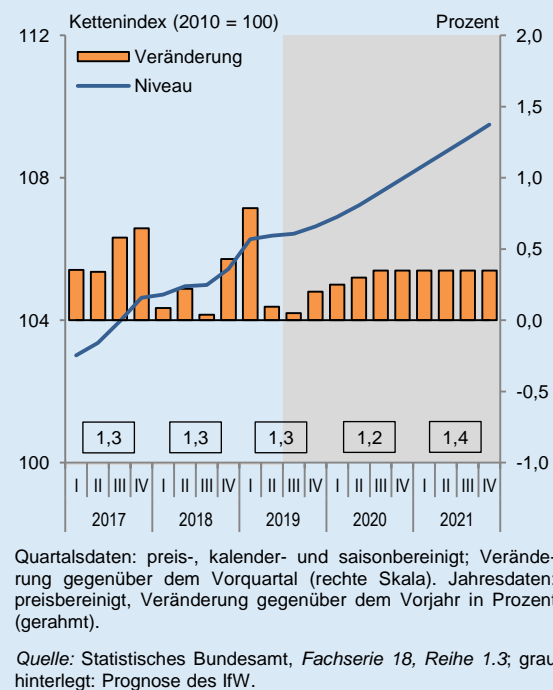


Die privaten Konsumausgaben bleiben robust. In Anbetracht der ausgesprochen hohen Einkommenszuwächse ist der Konsum der privaten Haushalte in den vergangenen beiden Jahren mit Raten von jeweils 1,3 Prozent nur recht verhalten gestiegen. Dafür hat die Sparquote deutlich weiter angezogen. Seit dem Jahr 2013 ist sie von 9,3 Prozent auf 11 Prozent im Jahr 2018 gestiegen. Zuletzt hat sich diese Entwicklung jedoch nicht mehr fortgesetzt; im zweiten Quartal lag die Sparquote auf ihrem Vorjahresniveau. Für den Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass sie in etwa auf ihrem Niveau des Jahres bleibt.⁴ Im Verlauf steigt die

⁴ Diese Annahme ist auch den Tatsachen geschuldet, dass es schwer ist, empirisch belastbare Zu-

Sparquote vorübergehend auf 11,2 Prozent im laufenden Jahr und geht in den kommenden beiden Jahren wieder auf 11 Prozent zurück. Die Preise für Konsumausgaben werden sich voraussichtlich recht stabil mit Raten von etwa 1,5 Prozent verteuern, so dass die Dynamik der real verfügbaren Einkommen vor allem von der nominalen Entwicklung getrieben werden dürfte. Für das dritte Quartal rechnen wir mit kaum mehr als stagnierenden Konsumausgaben; dafür sprechen auch die recht schwachen Einzelhandelsumsätze im Juli. Insgesamt werden die privaten Konsumausgaben nach 1,3 Prozent im laufenden Jahr in den kommenden beiden Jahren wohl um 1,2 Prozent (2020) bzw. 1,4 Prozent zulegen (Abbildung 18).

Abbildung 18:
Private Konsumausgaben 2017–2021

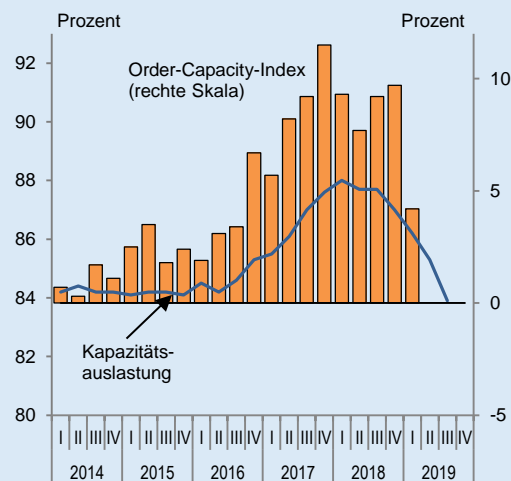


Die Unternehmen halten sich vorerst mit Investitionen zurück. Im zweiten Quartal nahmen die Ausrüstungsinvestitionen mit 0,6 Prozent zu. Maßgeblich war jedoch vor allem der ungewöhnlich starke Anstieg der im Quartals-

sammenhänge zwischen makroökonomischen Fundamentalfaktoren und der Entwicklung der Sparquote zu identifizieren, und dass dem Statistischen Bundesamt keine Erhebungsdaten vorliegen, so dass die ersten Schätzungen recht kräftigen Revisionen unterliegen können.

verlauf sehr schwankungsanfälligen öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen (die im Jahr 2018 etwa 7 Prozent an den gesamt Ausrüstungsinvestitionen ausgemacht hatten) um mehr als 40 Prozent. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen gingen dagegen deutlich um 2,4 Prozent zurück. Zum Teil handelt es sich dabei zwar um eine Gegenreaktion zu dem starken Anstieg im ersten Quartal, in dem die Unternehmen Käufe von Fahrzeugen nachgeholt haben, die sie in den Quartalen zuvor aufgrund der Zulassungsprobleme im Zuge des Übergangs zum WLTP-Standard nicht anschaffen konnten. Zum Teil dürften sich hier jedoch auch schon die deutlich abgekühlte Industriekonjunktur bemerkbar gemacht haben. Für die zweite Jahreshälfte zeichnet sich ein deutlicher Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen ab. So sind die Absatz- und Ertragsaussichten gemessen anhand der Unternehmenserwartungen zuletzt nochmals spürbar gefallen. Nachdem sich die Zuversicht der Industrieunternehmen bereits seit Beginn des Jahres 2018 sukzessive eingetrübt hatte, verschlechterte sich seit dem Mai auch das Geschäftsklima in der Dienstleistungsbranche merklich, die für mehr als 60 Prozent der Investitionen verantwortlich ist. Zudem hat sich die Kapazitätsauslastung zuletzt spürbar verringert, so dass insbesondere Erweiterungsinvestitionen aufgeschoben werden dürften, zumal die aus dem internationalen Umfeld resultierende wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich belasten dürfte (Abbildung 19). Für einen spürbaren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen sprechen auch die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland seit Jahresbeginn; im Juli lagen sie um etwa 8 Prozent unterhalb ihres Niveaus vom Schlussquartal des Jahres 2018. Die Inlandumsätze der Investitionsgüterhersteller im Juli deuten auf einen kräftigen Rückgang bereits im dritten Quartal hin. Wir rechnen mit einem Minus von rund 3 Prozent (Abbildung 20). Im kommenden Jahr werden sich die Ausrüstungsinvestitionen wohl wieder fangen, nicht zuletzt weil sich die Absatzaussichten auf den Auslandsmärkten angesichts der vergleichsweise robusten Weltkonjunktur wieder bessern werden. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen, nach einem leichten Anstieg im laufenden Jahr, im kommenden Jahr um rund 1 Prozent zurückgehen.

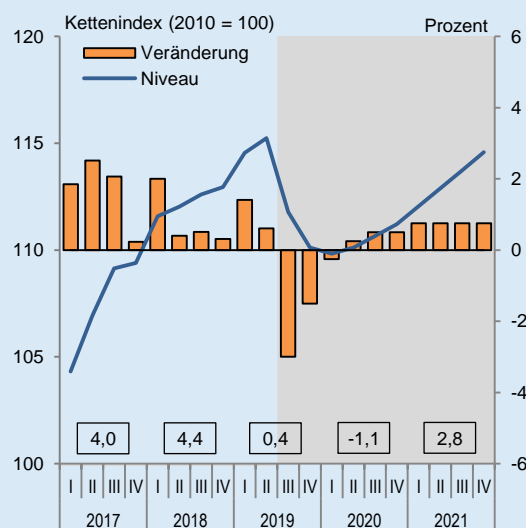
Abbildung 19:
Kapazitätsauslastung 2014–2019



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

Abbildung 20:
Ausrüstungsinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

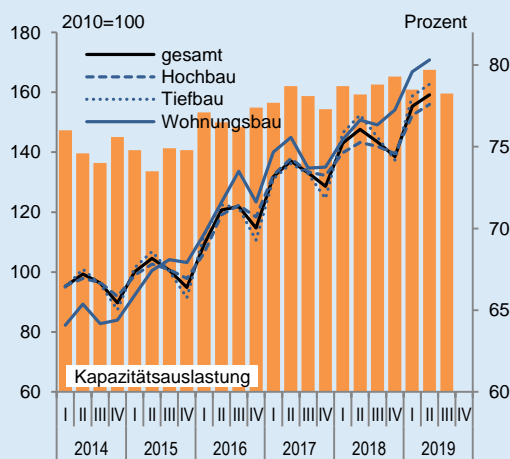
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Für das Jahr 2021 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von knapp 3 Prozent. Für den Wirtschaftsbau und die sonstigen Anlageinvestitionen rechnen wir mit einem ähnlichen Verlauf.

Die Bauinvestitionen verlieren nur kurz an Fahrt. In der ersten Jahreshälfte haben die Bauinvestitionen ihr hohes Tempo trotz der äußerst günstigen Witterungsbedingungen wohl nicht halten können. Zwar ergab sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein recht deutlicher Anstieg um 2,5 Prozent für das erste Quartal. Dieser ist jedoch vor allem einem Sondereffekt geschuldet. So hat die zu Jahresbeginn turnusmäßige Berichtskreisadjustierung für Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitern zu einem sprunghaften Anstieg der Bauproduktion geführt, die für die Abschätzung der Bauinvestitionen herangezogen wird. Der tatsächliche Anstieg der Bauinvestitionen im ersten Quartal dürfte demzufolge deutlich niedriger ausgefallen sein.⁵ Im zweiten Quartal gingen die Bauinvestitionen sogar um 1 Prozent zurück. Auch im dritten Quartal dürften sie nochmals etwas zurückgehen; dafür spricht nicht zuletzt die rückläufige Kapazitätsauslastung. Die Bauproduktion befand sich im Juli auf ihrem Vorquartalsniveau. Diese Schwächephase dürfte angesichts des hohen Niveaus der Auftragseingänge und des Auftragsbestands sowie der zuletzt wieder deutlich gestiegenen Baugenehmigungen aber wohl nur vorübergehender Natur sein; zum Teil ist sie wohl der nach wie vor ausgesprochen hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe geschuldet, die es den Unternehmen zusehends schwerer macht, ihre Produktion auszuweiten (Abbildung 21). Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Bauinvestitionen rasch wieder anziehen. Zwar dürfte die schwächere Konjunktur die Nachfrage sowohl nach öffentlichen als auch nach privaten Bauvorhaben im Prognosezeitraum bremsen. Allerdings ist der Anstieg der Bauinvestitionen bereits seit einiger Zeit vor allem durch Kapazitätsengpässe bei den Unternehmen begrenzt worden, so dass sich die etwas schwächere Nachfrage wohl vornehmlich in etwas geringeren Preisanstiegen niederschlagen wird. Alles in allem rechnen wir mit Zuwachsraten bei den Bauinvestitionen von jeweils rund 2 Prozent in

den Jahren 2020 und 2021 nach reichlich 3 Prozent im laufenden Jahr (Abbildung 22).

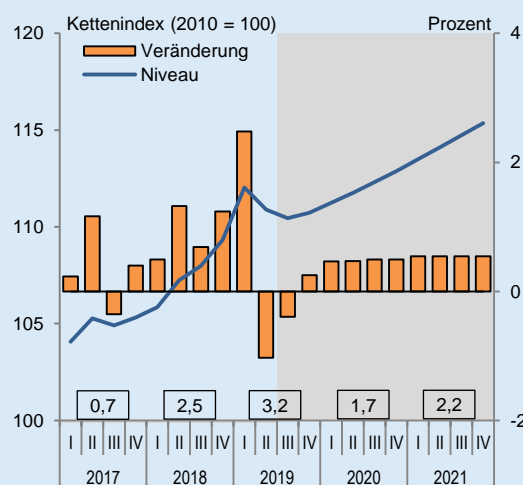
Abbildung 21:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2014–2019



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

Abbildung 22:
Bauinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

⁵ Im weiteren Verlauf des Jahres erfolgt eine entsprechende Anpassung der Produktion der Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern. Dies spricht für sich genommen dafür, dass es zu einer deutlichen Abwärtsrevision der Bauinvestitionen im ersten Quartal kommt.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden ihr ausgesprochen hohes Tempo aus dem Jahr 2018 nicht ganz halten. Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal merklich

gesunken. Für den Prognosezeitraum rechnen wir jedoch wieder mit einer Belebung. Dafür spricht nicht zuletzt der sehr hohe Auftragsbestand. Im Vergleich zum Jahr 2018, in dem die nominalen Bauinvestitionen mit rund 10 Prozent so kräftig ausgeweitet wurden wie seit mehr als 10 Jahren nicht mehr, dürfte das Tempo zwar etwas nachlassen. So wirken Kapazitätsengpässe bei Planung und Bau hemmend. Zudem führen die stark gestiegen Preise im Tiefbau dazu, dass Investitionsbudgets schneller aufgebraucht werden. Insgesamt werden die nominalen Bauinvestitionen im Prognosezeitraum ihren seit dem Jahr 2006 zu verzeichnendem Aufwärtstrend jedoch fortsetzen und mit Raten zwischen 6 und 7 Prozent weiterhin deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Im Jahr 2021 werden sie sich demzufolge gegenüber dem Jahr 2005, in dem sie ihren Tiefpunkt im wiedervereinigten Deutschland erreicht hatten, verdoppelt haben. Aufgrund der äußerst hohen Teuerungsrate für Bauinvestitionen dürften preisbereinigt im Prognosezeitraum allerdings deutlich geringere Anstiege von jährlich zwischen 1 und 2 Prozent zu verzeichnen sein (Tabelle 6).

Tabelle 6:
Anlageinvestitionen 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Anlageinvestitionen	3,5	2,0	0,7	2,4
Unternehmensinvestitionen	3,6	1,4	-0,2	2,3
Ausrüstungen	4,4	0,4	-1,1	2,8
Wirtschaftsbau	0,6	3,8	0,7	1,6
Sonstige Anlagen	4,3	1,6	0,8	2,2
Wohnungsbau	3,0	3,3	2,3	2,6
Öffentlicher Bau	4,3	1,0	1,1	2,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	3,2	1,7	2,2

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Verbraucherpreisinflation bleibt moderat

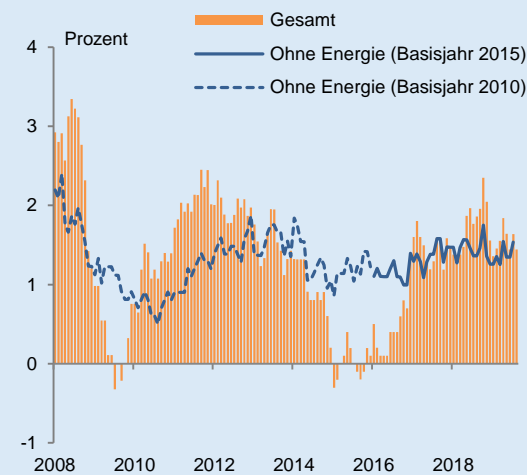
Rohöl verbilligte sich gegenüber dem zweiten Quartal merklich. Für ein Fass Öl der Sorte Brent wurden zuletzt etwa 61 US-Dollar aufgerufen, während im zweiten Quartal durchschnittlich 69 Dollar verlangt worden waren. Gleichwohl weicht der derzeitige Preis kaum

von unserer vorangegangenen Prognose ab und für den Rest des Prognosezeitraums halten wir an der Annahme eines real in etwa konstanten Ölpreises fest. Zwar dürfte die Nachfrage in nächster Zeit etwas zurückgehen, nicht zuletzt die Kommunikation der OPEC deutet aber darauf hin, dass die Ölproduzenten hierauf mit entsprechenden Angebotsverknappungen reagieren werden, um ein Abrutschen des Ölpreises zu verhindern. Der Euro wurde zuletzt zum Preis von 1,10 US-Dollar gehandelt und war damit günstiger als vor drei Monaten, als er noch 1,12 Dollar kostete. Nominal effektiv veränderte sich der Wechselkurs aus deutscher Sicht über den gleichen Zeitraum ebenfalls kaum.

Die mäßige Inflation der Verbraucherpreise setzt sich fort. Nach einem Anstieg von 1,6 Prozent im Juli lagen die Verbraucherpreise im August um 1,4 Prozent über ihrem Vorjahresniveau (Abbildung 23). Im August entwickelten sich insbesondere die Preise der Energiekomponente schwach, die um 1 Prozent gegenüber dem Vormonat nachgaben. Demgegenüber verteuerten sich Nahrungsmittel im Monatsvergleich kräftig und legten um 0,7 Prozent zu. Während zurzeit die schwächere Entwicklung der Energiepreise die Inflation dämpft, dürfte sich im Verlauf des Prognosezeitraums auch die geringere Auslastung der Produktionskapazitäten bemerkbar machen. Insgesamt rechnen wir damit, dass die Verbraucherpreise um 1,5 Prozent in diesem und je 1,6 Prozent in den beiden kommenden Jahren steigen werden (Abbildung 24).

Ein statistischer Sondereffekt verzerrt zurzeit die Inflation gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex. Auffällig war zuletzt das deutliche Auseinanderlaufen des Verbraucherpreisindex (VPI), dessen Abgrenzung deutschlandspezifisch ist, und des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), welcher erhoben wird, um EU-weit vergleichbare Zahlen zu erhalten. Grund hierfür ist ein statistischer Sondereffekt in Deutschland, der sich aus Veränderungen bei der Komponente Pauschalreisen ergibt. Insbesondere kommt es zu einer deutlichen Reduktion des Gewichtes von Pauschalreisen im HVPI in 2019 gegenüber 2018. Beim VPI hingegen werden die Gewichte nicht

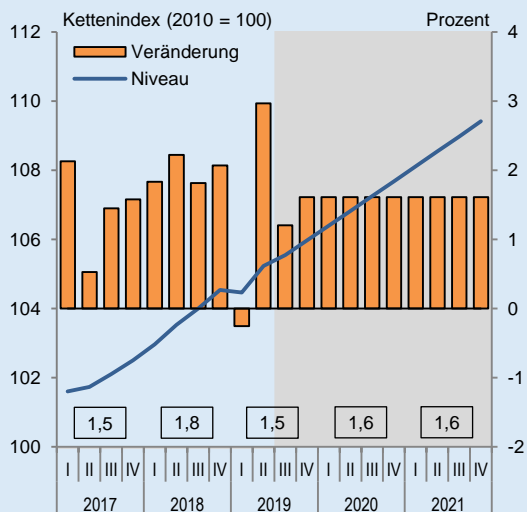
Abbildung 23:
Verbraucherpreise 2008–2019



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat. Nach der Umstellung auf das neue Basisjahr 2015 wurden durch das Statistische Bundesamt noch nicht alle Datenreihen für den Zeitraum vor 2015 veröffentlicht, weswegen wir dort auf den alten Datenstand zurückgreifen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; eigene Berechnungen.

Abbildung 24:
Verbraucherpreise 2017–2021



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

jährlich angepasst, sondern nur mit der Einführung eines neuen Basisjahres rückwirkend aktualisiert; bei der Berechnung des VPI gelten also in 2019 die gleichen Komponentengewichte wie in 2018. Die Pauschalreisen weisen ein äußerst ausgeprägtes Saisonmuster auf

– sie sind im Sommer deutlich teurer als im Winter. Dies führt letztlich von Januar bis November 2019 zu verzerrten Inflationsraten beim HVPI. Besonders stark fällt der Effekt jedoch im Juli und August aus, da hier im Vorjahresvergleich aufgrund der Verkettung der Rückgang der Preise vom Sommer zum Winter stärker gewichtet wird als der dann folgende Anstieg vom Winter zum Sommer. Dies führt dazu, dass die HVPI-Vorjahresrate für Deutschland im Juli um 0,7 Prozentpunkte nach unten verzerrt ist, was sich auch in einer um 0,2 Prozentpunkte gedämpften Inflation im Euroraum bemerkbar macht (Deutsche Bundesbank 2019).

Lohndynamik verliert an Fahrt

Der Tariflohnanstieg lässt nach. Die Tarifrunde 2019 ist weitestgehend abgeschlossen. Demnach steigen die Tarifverdienste ausweislich des Tarifindex der Deutschen Bundesbank im Durchschnitt um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das kommende Jahr stehen die Lohnzuwächse bereits in einigen gewichtigen Tarifbereichen fest. Beim öffentlichen Dienst der Länder, dem Einzelhandel und dem Groß- und Außenhandel ergeben sich bezogen auf das Kalenderjahr höhere Anstiege als im laufenden Jahr. Im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe, im Kfz-Gewerbe sowie in der Eisen- und Stahlindustrie sinken die Tariflohnanstiege hingegen deutlich. Zudem ist beim öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden sowie dem Bauhauptgewerbe eine Verlangsamung durch den aktuellen Tarifvertrag angelegt sowie durch die Tatsache, dass erst zur Mitte des kommenden Jahres neu verhandelt wird. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 2,5 Prozent (Tabelle 7). Für das darauffolgende Jahr rechnen wir mit einer weiteren leichten Abschwächung (2,4 Prozent). Die Tarifverträge im öffentlichen Dienst der Länder, im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel sehen für das Jahr 2021 niedrigere Lohnsteigerungen vor. Die Tarifverhandlungen in den übrigen Bereichen dürften zudem unter dem Eindruck der schwächeren Konjunktur stehen.

Kasten 3:
Zur Aufwärtsrevision der Löhne und Gehälter durch das Statistische Bundesamt

Im August 2019 fand in Deutschland eine turnusmäßige Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) statt. In den VGR werden etwa alle fünf Jahre die Berechnungen grundlegend überarbeitet, zuletzt war dies 2014 der Fall. Im Rahmen der Generalrevision 2019 kam es weniger so methodischen Änderungen, sondern es wurden insbesondere neue Datenquellen und Berechnungsmethoden berücksichtigt.

Im Bereich der Einkommen wurde unter anderem die Berechnung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer auf eine aktuellere Datenbasis gestellt. Sie stützt sich jetzt weitestgehend auf die nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Arbeitskostenerhebung 2016. Demnach stellt sich das durchschnittliche Niveau der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Jahr 2016 höher dar als bislang ausgewiesen. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, wurden die Ergebnisse bis zum Jahr 2000 zurück neu berechnet, so dass die Lohnzuwächse nun in jedem Jahr um etwa ein Zehntel höher ausfallen als vor der Revision. Dies hat unter anderem für die Einkommensverteilung, den Arbeitsmarkt und die gesetzliche Rentenversicherung wichtige Implikationen.

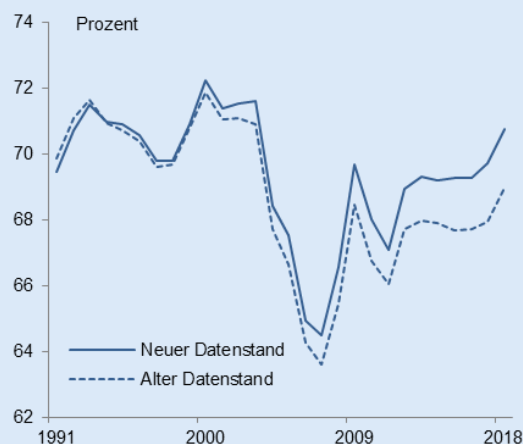
Einkommensverteilung

Aufgrund der nun höher ausgewiesenen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer – aber auch aufgrund des leicht abwärtsrevidierten nominalen Bruttoinlandsprodukts – ist die Lohnquote in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als bislang ausgewiesen (Abbildung K3-1). Demnach flossen im vergangenen Jahr 70,8 Prozent des Volkseinkommens an die Arbeitnehmer, nach altem Rechenstand waren es 69 Prozent. Die Lohnquote liegt nach neuem Rechenstand somit wieder auf dem Niveau der 1990er Jahre. Der Rückgang der Lohnquote während der Lohnmoderation der 2000er Jahre wurde damit wettgemacht. Die Arbeitnehmer profitierten offenbar stärker vom zurückliegenden Aufschwung als bislang ausgewiesen.

Arbeitsmarkt

Die Revision hat auch wichtige Implikationen für den Arbeitsmarkt. Das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität und Preisen (reale Lohnstückkosten) ist am aktuellen Rand deutlich ungünstiger als zuvor ausgewiesen, da die Effektivverdienste und damit auch die Lohnkosten in den vergangenen Jahren nach neuem Rechenstand stärker gestiegen sind, die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) hingegen schwächer. In der Folge befanden sich die realen Lohnstückkosten im vergangenen Jahr wieder auf ihrem langjährigen Durchschnitt, das als beschäftigungsneutrales Niveau interpretiert werden kann (Abbildung K3-2). Das war zuletzt im Jahr 2003 der Fall. Seitdem befanden sie sich mit einer Ausnahme kontinuierlich darunter, am deutlichsten vor Ausbruch der Großen Rezession. Die Arbeitsnachfrage vonseiten der Unternehmen erhielt hierdurch spürbare positive Impulse, die die robuste Arbeitsmarktentwicklung während der Großen Rezession und den an-

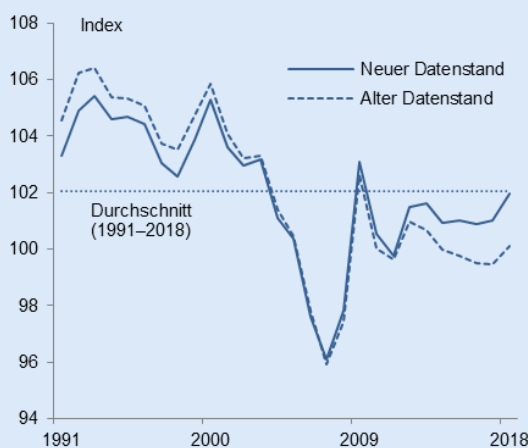
Abbildung K3-1:
Lohnquote 1991–2018



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt in Relation zum Volkseinkommen in Prozent. Alter Datenstand: VGR vom 23.05.2019. Neuer Datenstand: VGR vom 27.08.2019.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2.

Abbildung K3-2:
Reale Lohnstückkosten 1991–2018



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal). Alter Datenstand: VGR vom 23.05.2019. Neuer Datenstand: VGR vom 27.08.2019.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2.

schließenden kräftigen Beschäftigungsaufbau maßgeblich begünstigt haben dürften. Diese positiven Impulse sind nun ausgelaufen. Dies spricht für sich genommen dafür, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland wieder stärker auf konjunkturelle Schwächephasen reagieren wird, als dies in den vergangenen zehn Jahren der Fall war.

Gesetzliche Rentenversicherung

Nicht zuletzt hat die Revision der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer auch Konsequenzen für die Rentenanpassung in den kommenden Jahren. Die Rentenanpassung wird im Frühjahr für den Juli des gleichen Jahres auf Basis der dann vorliegenden Daten berechnet. Die verwendete Anpassungsformel besteht aus drei Faktoren: „Löhne“, „Beiträge und Altersvorsorge“ und „Nachhaltigkeit“. Der Faktor „Beiträge und Altersvorsorge“ wurde im Zuge der Einführung der Riesterrente eingeführt und soll einen Ausgleich zwischen der aktiven und der passiven Generation in dem Sinne herstellen, dass ein Beitragssatzanstieg zu einer Minderung der Rente führt. Mit Blick auf das Jahr 2020 sind die Beitragssätze im Bezugsjahr 2019 konstant geblieben, so dass dieser Faktor keine Rolle spielt. Der Faktor „Nachhaltigkeit“ berücksichtigt die Veränderung des Verhältnisses zwischen der Zahl der sogenannten Äquivalenzrentner und der Äquivalenzbeitragszahler. Hier ist relevant, dass die Beitragseinnahmen im Jahr 2019 noch expandieren dürften, was für steigende Renten spricht. In diesen Faktor geht allerdings auch ein, dass durch die Ausweitung der „Mütterrente“ zusätzliche Rentenpunkte vergeben wurden und eine zunehmende Zahl von Personen in Rente geht, wodurch die Zahl der Äquivalenzrentner steigt, was für sich genommen den Rentenanstieg dämpft.^a Der dominierende Faktor dürfte im Jahr 2020 allerdings der Faktor „Löhne“ sein, bei dem sich auch die Auswirkungen der Revision der VGR bemerkbar machen.

Dieser Faktor stellt sich wie folgt dar:

$$\text{Faktor Löhne} = \frac{B_{t-1}^{VGR}}{B_{t-2}^{VGR}} * \frac{B_{t-2}^{RV}}{B_{t-3}^{RV}} * \frac{B_{t-3}^{VGR}}{B_{t-2}^{VGR}}$$

Die Größe B^{VGR} bezeichnet die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer laut VGR, während B^{RV} die beitragspflichtigen Entgelte je Arbeitnehmer bezeichnet. Das Verhältnis von B^{VGR} geht zweimal ein: Einmal aus dem Vorjahr und einmal aus dem Vorvorjahr, wodurch die vorherige Veränderung im folgenden Jahr wieder ausgeglichen wird. Langfristig ist also der Zuwachs der rentenversicherungspflichtigen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer relevant. Die VGR-Zahlen dienen dazu, Verzögerungen in der Veröffentlichung der eigentlich relevanten Größe zu überbrücken und eine zeitnähere Anpassung der Renten zu ermöglichen. Typischerweise werden in der Anpassungsformel stets Echtzeitdaten herangezogen, die im Nachgang nicht mehr revidiert werden. Fließen also für ein bestimmtes Jahr die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer laut VGR das erste Mal in die Berechnung ein, wird diese Zahl auch in den Folgejahren genutzt, selbst wenn die aktuellen Rechenstände der VGR inzwischen andere Werte ausweisen.

Für die Anpassung im Jahr 2020 bedeutet dies, dass die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer laut VGR des Jahres 2019 nach neuem Rechenstand denen des Jahres 2018 nach altem Rechenstand gegenübergestellt werden. Durch die jüngste Revision der VGR ergibt sich allerdings eine größere Diskrepanz. Bereits der Wert des Jahres 2018 wird nun knapp 2 Prozent höher ausgewiesen. Hinzu kommt noch der eigentliche Lohnanstieg des Jahres 2019. Die Revision übersetzt sich somit eins zu eins in eine höhere Rentenanpassung im Juli 2020. Im Folgejahr geht diese Zahl allerdings invers ein, so dass der Rentenanstieg im Juli 2021 durch die Revision der VGR um rund 2 Prozentpunkte niedriger ausfällt. Das Rentenniveau ist dann so, als hätte es keine Datenrevision in den VGR gegeben. Es richtet sich am Zuwachs der beitragspflichtigen Entgelte aus. Allerdings sind die Renten zeitweise erhöht.

Das sich abzeichnende Hin und Her der Rentenanpassungen für die Jahre 2020 und 2021 ist kein Einzelfall. So wurde die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2015 durch die Revision der VGR im Jahr 2014 gedämpft und die zur Mitte des Jahres 2016 entsprechend erhöht. Bei großen Revisionen kann sich das Niveau der Bruttolöhne und -gehälter durchaus um einige Prozent verändern. Im Sinne einer langfristigen und verlässlichen Finanzpolitik, die bestrebt sein sollte, möglichst geringe Schwankungen zu erzeugen, stellt sich daher die Frage, ob die Rentenanpassung nicht mit Echtzeitwerten im Niveau, sondern mit Echtzeitwerten im Verhältnis berechnet werden sollten. Dementsprechend würde dann für die anstehende Rentenanpassung der erste Faktor in der obigen Formel komplett mit Daten des neuen Rechenstands versehen und der dritte Faktor mit dem, der bereits im Frühjahr 2019 galt. Typischerweise werden Veränderungsraten bei großen Revisionen nur geringfügig verändert, so dass regelmäßig im Abstand der großen VGR-Revisionen auftretende Sprünge in der Rentenanpassung vermieden werden dürften.

^aZu den Auswirkungen der „Mütterrente“ siehe Boysen-Hogrefe (2018a: [IfW-Box 2018.4](#)).

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,7	2,5	2,4
Effektivlöhne	3,0	3,2	2,4	2,8
Lohndrift	0,1	0,5	-0,1	0,4
Lohnkosten	2,7	3,3	2,4	2,8
Arbeitsproduktivität	0,3	-0,2	1,0	1,7
Lohnstückkosten	2,4	3,5	1,4	1,1
Lohnstückkosten (real)	0,9	1,3	-0,7	-0,6
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,7	2,5	2,4
Effektivlöhne	3,2	3,0	2,7	2,5
Lohndrift	0,3	0,3	0,2	0,1
Lohnkosten	2,9	3,3	2,7	2,4
Arbeitsproduktivität	0,2	-0,4	1,2	1,3
Lohnstückkosten	2,7	3,7	1,4	1,1
Lohnstückkosten (real)	1,2	1,5	-0,6	-0,6

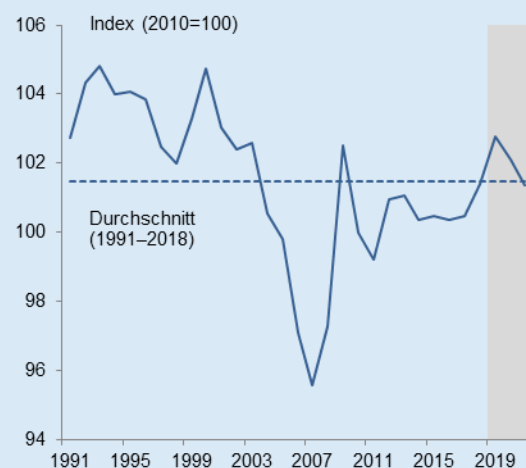
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Effektivverdienste dürften sich aufgrund nachlassender Anspannungen am Arbeitsmarkt etwas stärker verlangsamen. In der ersten Hälfte des Jahres 2019 sind die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) mit 3,0 Prozent weiter stärker gestiegen als die Tarifverdienste. Mit einem Zuwachs in dieser Höhe rechnen wir auch für das Gesamtjahr. Für 2020 und 2021 erwarten wir einen Rückgang der Zuwächse auf 2,7 bzw. 2,5 Prozent. Damit steigen die Effektivverdienste zwar weiter etwas stärker als die Tarifverdienste, der Unterschied (Lohndrift) wird allerdings geringer. Denn die Anspannungen am Arbeitsmarkt aufgrund von Arbeitskräfteknappheiten, die nicht zuletzt in sehr hohen, weiter gestiegenen Vakanzzeiten von offenen Stellen zum Ausdruck kommen, dürften im Prognosezeitraum aufgrund des konjunkturellen Abschwungs nachlassen, aber weiterhin eine Rolle spielen.

Von der Lohnkostenseite gehen keine positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage mehr aus. Nach der Generalrevision der VGR durch das Statistische Bundesamt stellt sich das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität und Preisen (reale Lohnstückkosten) hinsichtlich der Beschäftigungseffekte deutlich ungünstiger dar als noch vor drei Monaten (Kasten 3). Demnach sind die Effektivverdienste und damit auch die Lohnkosten in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als bislang ausgewiesen, die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) haben hingegen schwächer zugelegt. In der Folge befanden sich die realen Lohnstückkosten im vergangenen Jahr wieder auf ihrem langjährigen Durchschnitt, das als beschäftigungsneutrales Niveau interpretiert werden kann (Abbildung 25). Das war zuletzt im Jahr 2003 der Fall. Seitdem befanden sie sich mit einer Ausnahme kontinuierlich darunter, am deutlichsten vor Ausbruch der Großen Rezession. Die Arbeitsnachfrage vonseiten der Unternehmen erhielt hierdurch spürbare positive Impulse, die die robuste Arbeitsmarktentwicklung während der Großen Rezession und den anschließenden kräftigen Beschäftigungsaufbau maßgeblich begünstigt

Abbildung 25:
Reale Lohnstückkosten 1991–2021



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

haben dürften. Diese positiven Impulse sind nun ausgelaufen. Für dieses Jahr zeichnet sich aufgrund der absehbar schwachen Arbeitsproduktivität ein weiterer Anstieg der realen Lohnstückkosten ab, so dass sie sogar über den langjährigen Durchschnitt steigen. Dies spricht für sich genommen dafür, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland wieder stärker auf konjunkturelle Schwächephasen reagieren wird, als dies in den vergangenen 10 Jahren der Fall war.

Wende am Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsanstieg hat sich im laufenden Jahr unerwartet deutlich verlangsamt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im zweiten Quartal nur noch um 50 000 Personen (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) gestiegen. Maßgeblich hierfür war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die mit etwas über 70 000 Personen so schwach gestiegen ist wie seit über sechs Jahren nicht mehr. Sowohl die Zahl der Selbständigen als auch die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten sanken zudem weiter. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bereits im vergangenen Jahr verlangsamt, und seit Februar dieses Jahres sinkt sie sogar. Die Zahl der Zeitarbeiter fällt zwar seit anderthalb Jahren. Hierzu dürfte jedoch auch die jüngste Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beigetragen haben, die den Einsatz von Zeitarbeit restriktiver gestaltete (Groll 2018: [IfW-Box 2018.19](#)).

Die registrierte Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung insgesamt sind gestiegen. Im August nahm die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt leicht auf 2,29 Mill. Personen zu (Quote: 5,0 Prozent). Die Tendenz zeigt damit seit vier Monaten leicht nach oben. Das gab es zuletzt im Jahr 2013. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit geht dabei auf mehr Arbeitslose in der konjunktur reagiblen Arbeitslosenversicherung (Rechtskreis SGB III) zurück. Die Zahl der Arbeitslosen in der Grundsicherung (Rechtskreis SGB II) nahm hingegen in der Tendenz noch leicht ab. Der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente blieb weitestgehend unverändert, so dass die gesamte Unterbeschäftigung, die in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit neben den registrierten Arbeitslosen auch Per-

sonen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst, ebenfalls zunahm. Die Zahl der konjunkturell bedingten Kurzarbeiter lag nach vorläufigen Hochrechnungen im Juni bei 45 000 Personen, im Vorjahresmonat waren es nur 16 000 gewesen.

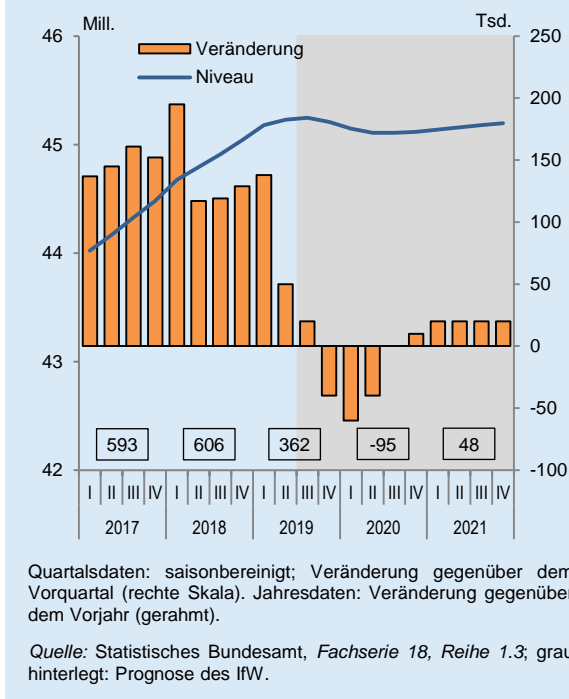
Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich so rapide verschlechtert wie lange nicht. Die Zahl der offenen Stellen sinkt seit April, wenngleich das Niveau immer noch sehr hoch ist. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat Unternehmensbefragungen zufolge zudem erheblich nachgelassen. So sinkt das ifo Beschäftigungsbarometer seit einem Jahr spürbar. Zwar wollen die Dienstleister und das Baugewerbe die Zahl der Beschäftigten in den kommenden Monaten per Saldo noch erhöhen, jedoch planen mehr und mehr Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes einen Personalabbau. Auch das IAB-Arbeitsmarktbarometer, das auf Befragungen der lokalen Arbeitsagenturen basiert, sank in den vergangenen Monaten deutlich. Zwar erwarten die Arbeitsagenturen noch einen Anstieg der Beschäftigung, allerdings rechnen sie zunehmend mit (weiter) steigender Arbeitslosigkeit in ihren Bezirken. Nicht zuletzt signalisiert der gestiegene Zugang nichtarbeitsloser Arbeitsuchender einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, denn Beschäftigte sind verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor Ende ihres Beschäftigungsverhältnisses bei den Arbeitsagenturen arbeitsuchend zu melden.

Der Beschäftigungsaufbau kommt vorerst zum Erliegen. Wir erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Folge des konjunkturellen Abschwungs vorübergehend sinkt (Abbildung 26). Damit revidieren wir unsere Beschäftigungsprognose erheblich nach unten. Erstens hat sich der Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten stärker eingetrübt als von uns prognostiziert, obwohl das Bruttoinlandsprodukt unseren Erwartungen entsprochen hat. Zweitens erwarten wir für die kommenden Quartale einen ausgeprägteren Abschwung als in unserer Sommerprognose. Drittens stellt sich nach der Generalrevision der VGR das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität deutlich ungünstiger dar, so dass von der Lohnkosten-seite zum ersten Mal seit Mitte der 2000er Jahre keine positiven Impulse mehr auf die

Arbeitsnachfrage ausgehen dürften. Gedämpft werden dürfte die Reaktion des Arbeitsmarkts auf den Abschwung allerdings durch den Umstand, dass die Anspannungen am Arbeitsmarkt weitaus höher sind als in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen. Die Vakanzzeit von offenen Arbeitsstellen ist bis zuletzt gestiegen und damit so lang wie seit über 20 Jahren nicht. Gemäß dem „Limits to Production“-Indikator der Europäischen Kommission geben zudem aktuell immer noch 15 bis 20 Prozent der befragten Unternehmen an, dass Arbeitsengpässe ein Produktionshindernis darstellen. Unternehmen dürften vor diesem Hintergrund unter sonst gleichen Bedingungen länger als in vergangenen Abschwüngen an ihren Arbeitskräften festhalten.

gende Erwerbsbeteiligung vor allem Äterer und durch die Zuwanderung in Summe spürbar erhöht. Eine rückläufige Beschäftigung bei steigendem Erwerbspersonenpotenzial würde dafür sprechen, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit stärker ausfällt als der Rückgang der Beschäftigung. Allerdings wandert in einem Abschwung erfahrungsgemäß ein Teil der Personen ohne Arbeit in die Stille Reserve, so dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit geringer ausfällt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt unserer Prognose zufolge zunächst beschleunigt (Abbildung 27). Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosigkeit trotz wieder steigender Beschäftigung weiter leicht zulegen, da gleichzeitig das Erwerbspersonenpotenzial noch steigen dürfte, wenngleich nicht mehr so kräftig wie in den vergangenen Jahren. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent (2019) auf 5,2 Prozent (2020) und 5,3 Prozent (2021) zunimmt (Tabelle 8).

Abbildung 26:
Erwerbstätige 2017–2021



Der Anstieg der Arbeitslosigkeit setzt sich vor diesem Hintergrund fort. Während die Alterung der inländischen Bevölkerung für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial reduziert, wird es derzeit noch durch die stei-

Abbildung 27:
Arbeitslose 2017–2021

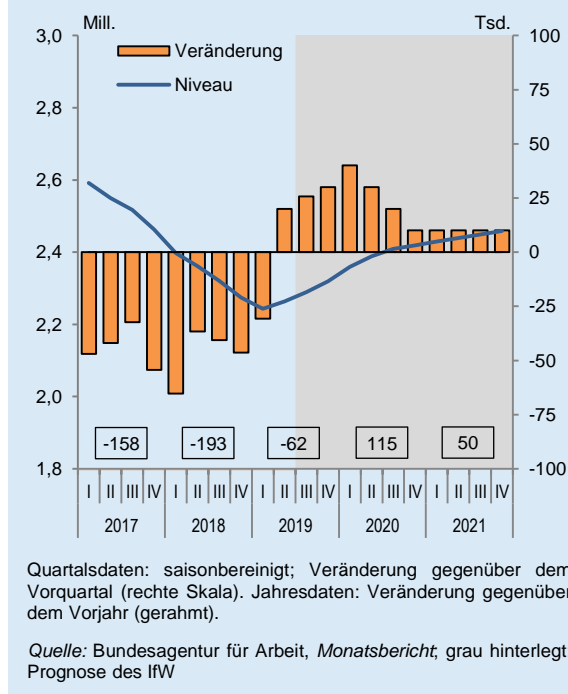


Tabelle 8:
Beschäftigung 2017–2021 (1 000 Personen)

	2017	2018	2019	2020	2021
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61 564	62 344	62 716	62 689	62 541
Erwerbstätige (Inland)	44 248	44 854	45 215	45 120	45 168
Selbständige	4 273	4 224	4 162	4 102	4 054
Arbeitnehmer (Inland)	39 976	40 631	41 053	41 019	41 114
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 266	32 992	33 467	33 490	33 645
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 739	4 668	4 593	4 532	4 472
Pendlersaldo	121	144	157	158	158
Erwerbstätige (Inländer)	44 127	44 710	45 059	44 963	45 010
Arbeitnehmer (Inländer)	39 855	40 486	40 897	40 861	40 956
Registrierte Arbeitslose	2 533	2 340	2 278	2 393	2 443
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,2	5,0	5,2	5,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,5	3,2	2,9	3,1	3,2

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Öffentliche Haushalte: Finanzpolitik und Konjunktur zehren Überschüsse auf

Im ersten Halbjahr lag der Überschuss der öffentlichen Haushalte bei über 45 Mrd. Euro. Damit hat er sich im Vergleich zum Vorjahr allerdings bereits abgeschwächt. Die Ausgaben legten dynamischer zu als die Einnahmen, wo sich insbesondere bei den Steuern eine Temporeduktion zeigt. Die Tendenz schneller steigender Ausgaben als Einnahmen wird über den Prognosehorizont anhalten, so dass der gesamtstaatliche Überschuss im Jahr 2021 gegen null tendieren dürfte.

Die Einnahmen im Jahr 2019 weisen erste Spuren des konjunkturellen Abschwungs auf. Die Steuereinnahmen expandieren deutlich langsamer als im Jahr zuvor, wozu auch Änderungen in der Einkommensteuer beitragen. Maßgeblich ist aber, dass die gewinnabhängigen Steuern deutlich schwächer laufen. Die Beitragseinnahmen hingegen expandieren weiterhin stark, da sich die Wende am Arbeitsmarkt erst nach und nach bemerkbar macht. Der Anstieg der sonstigen Einnahmen ist deutlich geringer als im Vorjahr, da einige Einmal-effekte entfallen (z.B. schwächerer Anstieg des Bundesbankgewinns, Wegfall der Strafzahlungen von VW und Audi und der Zahlungen im Schiedsfall TollCollect). Die Verkäufe des

Staates legen allerdings weiterhin robust zu, auch weil zu Jahresbeginn die Mautsätze angehoben wurden. Insgesamt wird die Expansionsrate von 4,8 Prozent im Jahr 2018 auf nun 2,9 Prozent zurückgehen. Die Einnahmen relativ zur Wirtschaftsleistung steigen aber wohl nochmals auf 46,6 Prozent an (Tabelle 9).

Die Ausgaben legen im laufenden Jahr kräftig zu. Diverse Ausgabenprogramme des Bundes, die sich derzeit in Umsetzung befinden und die gute Kassenlage der anderen Gebietskörperschaften der vorangegangenen Jahre sprechen dafür, dass die Vorleistungskäufe sehr stark zulegen werden, während die Arbeitnehmerentgelte der öffentlichen Hand angesichts der bestehenden Tarifvereinbarungen in ähnlich hohem Tempo expandieren dürften wie im Vorjahr. Der Personalaufbau dürfte sich dabei etwas verlangsamen nach den hohen Zuwächsen in den Vorjahren. Deutlich rückläufig sind abermals die Zinsausgaben. Sie dürften in ähnlich hohem Tempo sinken wie im Vorjahr. Ein deutlicher Anstieg zeichnet sich bei den monetären Sozialleistungen ab. Die Ausweitung der Mütterrente und merkliche Rentenanpassungen in der Mitte des Vorjahres und zur Mitte dieses Jahres sind hier wesentliche Treiber. Zudem steigen wohl die Ausgaben für das Arbeitslosengeld deutlich. Allerdings ist der Umfang mit erwarteten rund 16 Mrd. Euro weiterhin recht gering im historischen Vergleich. Deutlich zulegen werden

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2017–2021 (Mrd. Euro)

	2017	2018	2019	2020	2021
Einnahmen	1 481,7	1 552,9	1 598,1	1 638,9	1 678,9
➤ <i>relativ zum BIP</i>	45,7	46,4	46,6	46,4	46,0
Steuern	766,6	800,9	820,1	839,5	855,6
➤ <i>relativ zum BIP</i>	23,6	23,9	23,9	23,8	23,5
Sozialbeiträge	549,5	572,5	596,3	613,5	632,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	16,9	17,1	17,4	17,4	17,3
Sonstige Einnahmen	165,7	179,5	181,7	185,9	190,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,1	5,4	5,3	5,3	5,2
Ausgaben	1 441,4	1 490,5	1 555,1	1 625,2	1 685,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,4	44,6	45,4	46,0	46,2
Arbeitnehmerentgelt	250,0	259,3	268,5	277,6	285,7
Vorleistungen	162,9	169,4	178,5	186,4	192,7
Soziale Sachleistungen	278,3	285,9	298,3	311,9	322,9
Bruttoinvestitionen	71,9	78,4	85,7	91,4	97,4
Geleistete Vermögenseinkommen	34,3	31,7	29,3	28,1	27,3
Monetäre Sozialleistungen	506,6	520,2	545,5	570,8	595,0
Subventionen	27,9	29,6	31,2	32,3	33,3
Sonstige laufende Übertragungen	67,0	74,9	81,2	87,8	91,8
Vermögensübertragungen	44,0	42,2	38,1	40,0	41,0
Sonstige Ausgaben	-1,6	-1,3	-1,4	-1,4	-1,4
Finanzierungssaldo	40,3	62,4	43,0	13,7	-6,9
➤ <i>relativ zum BIP</i>	1,2	1,9	1,3	0,4	-0,2
Einnahmen der Gebietskörperschaften	961,2	1010,5	1033,0	1057,5	1079,4
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	960,1	1 009,3	1 031,8	1 056,3	1 078,3
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	931,9	963,9	1 000,3	1 042,6	1 079,8
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	816,7	845,6	877,7	916,0	948,8
Transfers an die Sozialversicherung	115,2	118,3	122,6	126,6	131,0
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	29,3	46,6	32,7	14,9	-0,3
Einnahmen der Sozialversicherung	636,9	661,9	688,9	709,2	731,6
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	521,6	543,6	566,3	582,6	600,6
Ausgaben der Sozialversicherung	625,9	646,1	678,5	710,4	738,2
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	624,8	644,9	677,4	709,2	737,0
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	11,0	15,9	10,3	-1,2	-6,5

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

wohl auch die Ausgaben für soziale Sachleistungen. Zwar werden die zusätzlichen Mittel des Pflegepersonalstärkungsgesetzes nur schleppend abgerufen, doch sorgen bereits andere Ausgabenprogramme in den Sozialversicherungen und die in der Tendenz alternde Bevölkerung für Mehrausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Bei den sonstigen Transfers gehen wir angesichts der vom Bund eingeplanten Zahlungen an EU-Eigenmitteln von einem deutlichen Anstieg aus, während die Vermögenstransfers deutlich sinken dürften, da Zahlungen der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg im Zuge der Abwicklung der HSH Nordbank entfallen. Ein ähnlich kräftiges Plus wie im Vorjahr erwarten wir bei den Brutto-

investitionen. Während die Bauinvestitionen leicht an Tempo verlieren, steigen die Ausrüstungsinvestitionen rasant an, wozu maßgeblich die Beschaffungen des Bundes beitragen. Insgesamt dürften die Ausgaben um über 4 Prozent auf dann 1 555 Mrd. Euro steigen (45,3 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung). Im Saldo ergibt dies einen Überschuss von 43 Mrd. Euro.

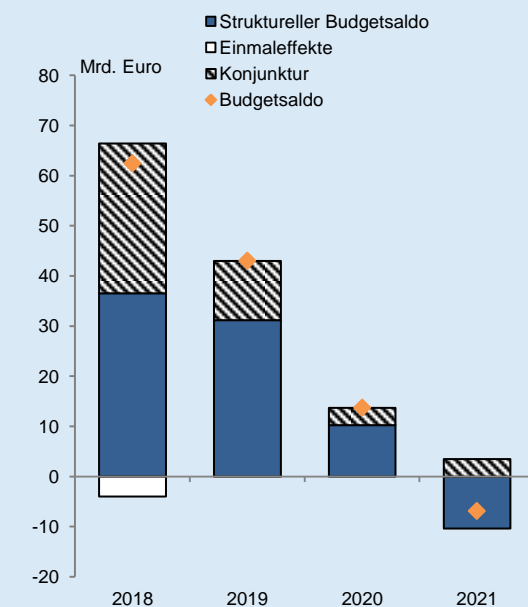
Der Anstieg der Einnahmen schwächt sich im Jahr 2020 abermals ab und stagniert im Jahr 2021. Da die konjunkturelle Schwäche den Arbeitsmarkt im Jahr 2020 erreicht haben wird, schwächen sich die Einnahmen insbesondere aus den Sozialbeiträgen ab und können im Jahr 2021 kaum an Dynamik gewinnen. Die Expan-

sionsraten der Steuereinnahmen sinken hingegen zunächst nicht mehr weiter, da zwar auch diese von der Eintrübung am Arbeitsmarkt betroffen sind, sich die Gewinneinkommen im Laufe des Jahres aber laut unserer Prognose erholen, was für sich genommen die Steuereinnahmen stützt. Im Jahr 2021 führen Steuerrechtsänderungen dann zu einem abermals geringen Anstieg. Die Reduktion des Solidaritätszuschlags und Veränderungen des Einkommensteuertarifs, die turnusmäßig anstehen, führen zu Mindereinnahmen. Die sonstigen Einnahmen werden wohl in beiden Jahren moderat steigen. Insgesamt legen die Einnahmen des Staates in den Jahren 2020 und 2021 mit 2,5 bzw. 2,4 Prozent zu. Da das Bruttoinlandsprodukt nominal schneller expandiert, sinken die Einnahmen relativ zur Wirtschaftsleistung auf 46 Prozent im Jahr 2021.

Die Ausgaben steigen im Jahr 2020 zunächst kräftig und verlangsamen sich dann in Reaktion auf die sinkenden Budgetüberschüsse. Die Arbeitnehmerentgelte dürften zunächst ähnlich stark zulegen wie im laufenden Jahr. Unter dem Eindruck der Konjunktur werden die folgenden Tarifabschlüsse aber wohl geringer ausfallen, so dass sich das Tempo im Jahr 2021 verlangsamt. Ein ähnliches Muster erwarten wir auch bei den Vorleistungskäufen, die im Jahr 2020 noch von der eher expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und den jahrelangen Überschüssen stimuliert werden, und dann langsamer zulegen. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen steigen im Jahr 2020 weiterhin kräftig an, auch weil mit einer verstärkten Umsetzung des Pflegepersonalstärkungsgesetzes zu rechnen ist. Für das Jahr 2021 rechnen wir dann mit einem geringeren Ausgabenanstieg, da Impulse von Maßnahmen entfallen und der Preis- und Lohnanstieg auch im Gesundheitswesen etwas gedämpft sein dürfte. Nichtsdestotrotz ist der Anstieg mit über 3,5 Prozent immer noch stark, was der allgemeinen Tendenz steigender Ausgaben im Bereich Gesundheit und Pflege Rechnung trägt. Die monetären Sozialleistungen werden hingegen in beiden Jahren kaum gemindert kräftig steigen. Zur Jahresmitte 2020 rechnen wir mit einer ausgesprochen starken Rentenanpassung von rund 5 Prozent. Die Revision der VGR führt dabei für sich genommen zu einem Anstieg von

knapp 2 Prozentpunkten. Hinzu kommt die gute Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der Jahre 2018 und 2019. Dämpfend auf die Rentenanpassung wirkt hingegen die Ausweitung der Mütterrente im Jahr 2019, da diese den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor beeinträchtigt. Für das Jahr 2021 ist dann hingegen mit einer deutlich geringeren Rentenanpassung zu rechnen, da der Effekt der VGR-Revision wieder ausgeglichen wird und sich der konjunkturbedingt schwächere Lohnanstieg bemerkbar macht. Trotzdem steigen die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen deutlich, da wir für das Jahr 2021 mit der Einführung der Grundrente rechnen und das Kindergeld merklich angehoben werden soll. Etwas schwächer, aber immer noch sehr deutlich, dürften die Ausgaben für Bruttoinvestitionen steigen. Insgesamt werden die Ausgaben der öffentlichen Hand im Jahr 2020 wohl mit 4,5 Prozent auf 1 625 Mrd. Euro steigen und im Jahr 2021 mit 3,7 Prozent auf dann 1 685 Mrd. Euro.

Abbildung 28:
Struktureller Budgetsaldo 2018–2021



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognosen.

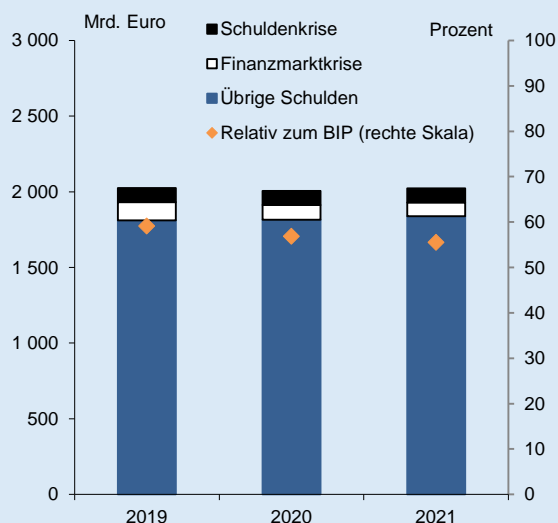
Nach einem moderaten Überschuss im Jahr 2020 rutscht der Budgetsaldo unter null. Die Ausgaben haben in beiden Jahren ein höheres Tempo als die Einnahmen. Während im Jahr

2020 die Reduktion des Überschusses vorwiegend auf Konjunkteinflüsse zurückgeht, sorgt im Jahr 2021 vorwiegend die Finanzpolitik dafür, dass sich der Budgetsaldo von einem Überschuss von 13 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation des Bruttoinlandsprodukts) im Jahr 2020 in ein Defizit von knapp 8 Mrd. Euro (-0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wandelt (Abbildung 28). Strukturell sinkt der Budgetsaldo von knapp 37 Mrd. Euro im Jahr 2018 auf rund -10 Mrd. Euro im Jahr 2021, was in etwa auch der Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2019 bis 2021 entspricht. Der Bruttoschuldenstand sinkt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt trotz der deutlichen Reduktion des Budgetsaldos merklich weiter. Nachdem er im Jahr 2018 bei rund 62 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt lag, dürfte er auf gut 55 Prozent im Jahr 2021 sinken (Abbildung 29).

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die Entwicklung des Welthandels stellt das größte Auf- und Abwärtsrisiko für die Prognose dar. Die konjunkturelle Schwäche in Deutschland rührt nicht zuletzt daher, dass sich der Welthandel – und mit ihm die deutsche Wirtschaft – seit einigen Quartalen von der insgesamt noch recht robusten Weltkonjunktur entkoppelt hat. Dies wiederum hängt auch mit den grassierenden Handelskonflikten zusammen, die neben den Handelsströmen auch das Unternehmensvertrauen belasten. Dies führt zu Attentismus, der die investitionsgüterorientierte Exportwirtschaft in Deutschland in besonderem Maße trifft. In der Prognose ist unterstellt, dass die Handelskonflikte nicht weiter eskalieren und so die deutschen Ausfuhren allmählich wieder Fahrt aufnehmen. Kommt es rascher zu einer Beilegung der handelspolitischen Spannungen und kehrt parallel dazu das Vertrauen in stabile handelsseitige Rahmenbedingungen zurück, so kann sich auch die Konjunktur in Deutschland schneller erholen als in dieser Prognose angenommen. Umgekehrt hätte ein abermaliges Anfachen der Konflikte eine entsprechend retardierende Wirkung. Ähnlich verhält es sich mit dem weiterhin ungeklärten Brexit-Prozess, wobei die Bedeutung für die deutsche Außenwirt-

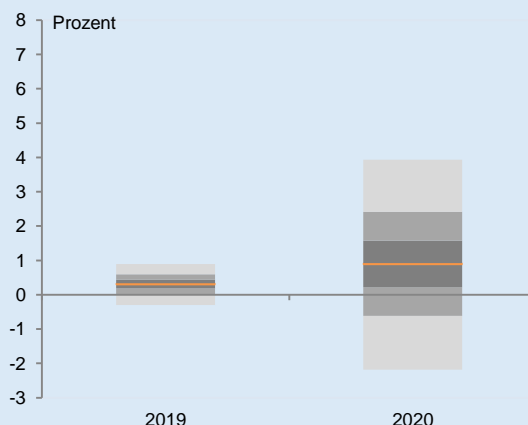
Abbildung 29:
Bruttoschuldenstand 2019–2021



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 30:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2019–2020



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im dritten Quartal der Jahre 1994–2018).

Quelle: Eigene Berechnungen.

schaft geringer ist als die globalen Handelskonflikte.

Die konjunkturelle Schwächephase gibt keinen Anlass zu konjunkturpolitischem Aktionismus. Im Zuge der schwachen Expansionsdynamik seit der Jahreswende 2017/2018 hat sich bislang im Wesentlichen die in der vormaligen Hochkonjunktur aufgetretene Überauslastung der Produktionskapazitäten wieder zurückgebildet. Diese Abkühlung ist stabilisierungspolitisch nicht problematisch, sie stellt im Gegenteil eine notwendige Korrektur dar. Der Abschwung dürfte sich indes noch fortsetzen und so auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums rückläufig bleiben. In einer solchen Phase gilt es, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Die Schuldenbremse sieht diesen Mechanismus ausdrücklich vor (Kasten 4). Diskretionäre Maßnahmen empfehlen wir nicht. Weder sollte den konjunkturell bedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte durch diskretionäre Konsolidierungsmaßnahmen begegnet werden, noch sind Konjunkturprogramme angezeigt. Indem man die öffentlichen Haushalte antizyklisch atmen lässt, stabilisieren sie die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auf breiter Front und dämpfen so das Überspringen der Produktionsrückgänge in den besonders betroffenen Industriebranchen auf die Massenkaukraft. Die Hauptursachen des weiteren Abschwungs – die zum Teil zyklisch, zum Teil außenwirtschaftlich bedingten Absatzprobleme der Investitionsgüterhersteller – liegen außerhalb des Einflusses der Finanzpolitik. Stattdessen würden zusätzliche staatliche Infrastrukturprogramme vornehmlich die Preise für Bauleistungen stimulieren, ohne nennenswert die gesamtwirtschaftliche Aktivität zu stützen.

Staatliche Investitionen müssen sich konjunkturunabhängig rechtfertigen lassen. Es gehört zu den wiederkehrenden Mustern im wirtschaftspolitischen Diskurs, dass im Abschwung staatliche Vorhaben mit dem Verweis auf einen konjunkturpolitischen Mehrwert mit besonderem Nachdruck gefordert werden. Nicht selten handelt es sich dabei um Maßnahmen, die zu anderen Zeiten nicht genügend Unterstützung finden. Besonders die staatliche Investitionstätigkeit rückt dabei in den Fokus, meist mit dem Hinweis auf eine ohnehin zu

geringe Investitionsquote der öffentlichen Hand. Um den beabsichtigten Stabilisierungseffekt zu maximieren, wird typischerweise eine Defizitfinanzierung vorgeschlagen. Damit entfallen indes auch allzu leicht die Konflikte, die andernfalls durch eine geänderte Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite (z. B. Aufstockung der Investitionsmittel zu Lasten von Transferleistungen) oder durch höhere Abgaben die politische Durchsetzung erschweren. Konjunkturpolitischer Aktionismus kann aber kein Ersatz für eine wachstumsorientierte Ausrichtung der Finanzpolitik sein. Im Gegenteil geht eine kurzzeitige Investitionspolitik des Staates sogar zu Lasten des Infrastrukturaufbaus, wenn die staatliche Mehrnachfrage nicht auf entsprechende Kapazitäten insbesondere der Bauwirtschaft trifft, wie es seit einiger Zeit der Fall ist. Derzeit belaufen sich die öffentlichen Bruttoinvestitionen auf 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung, was in etwa dem Stand zur Mitte der 1990er Jahre entspricht. In den Jahren 2015 bis 2019 betrug der durchschnittliche Anstieg der staatlichen Investitionen mehr als 7 Prozent per annum. Im vergangenen Jahr waren es allein 9 Prozent, über die Hälfte davon war bei den Infrastrukturausgaben in Form eines Preisanstiegs verpufft. Eine wachstumsorientierte Politik, die die Infrastruktur in den Blick nimmt, sollte daher mittelfristig und azyklisch ausgerichtet sein. Dies reizt bei den Unternehmen eine darauf abgestimmte Kapazitätsplanung an, wodurch der staatliche Mitteleinsatz einen größeren realen Effekt erzielt, anstatt zu höheren Preisen zu führen. Zugleich ist so auch dem Stabilisierungsziel am besten gedient.

Der verbleibende Spielraum für den Abbau struktureller Haushaltsüberschüsse ist nicht allzu groß. Die öffentlichen Haushalte schlossen im vergangenen Jahr mit einem Rekordüberschuss in Höhe von 62,4 Milliarden Euro ab (1,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Darin war nach heutigem Rechenstand eine strukturelle Komponente im Umfang von 36,6 Mrd. Euro enthalten, die – unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung – finanzpolitisch zur Disposition standen. Mit den bereits beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen wurde darüber aber bereits reichlich verfügt, so dass der strukturelle Überschuss sukzessive abschmilzt und im Jahr 2021 mit 10 Mrd. Euro

ins Minus rutscht. So zehrt etwa die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags als auch die geplante „Grundrente“ an den strukturellen Überschüssen. Zudem kommen mit dem demografischen Wandel absehbar höhere Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zu. Schließlich könnte sich der als strukturell ausgewiesene Anteil im Zuge späterer Revisionen als zu hoch herausstellen, da das zugrundeliegende Bereinigungsverfahren das Produktionspotenzial in Abkühlungsphasen tendenziell überschätzt. Insgesamt ist damit die finanzpolitische Manövriermasse, die sich aus dem strukturellen Überschuss ergibt, eng begrenzt.

Der Abschwung mahnt, die Wirtschafts- und Sozialpolitik am Normalmaß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszurichten. In den vergangenen 15 Jahren hat es in Deutschland kaum standortstärkende Weichenstellungen gegeben. Stattdessen sind die Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere im Bereich der Altersversorgung weiter ausgebaut worden („Mütterrente“, „Rente mit 63“). In der Arbeitsmarktregulierung haben diverse Eingriffe die Flexibilität für unternehmerisches Handeln eingeschränkt (Arbeitnehmerüberlassung, Mindestlohn, Meisterzwang). Zugleich wurde mit der ökologischen Energiewende beschlossen, einen Teil des Kapitalstocks in der Energieproduktion vorzeitig aufzugeben (Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung), wodurch nicht nur die Strompreise im internationalen Vergleich an die Spitze rückten, sondern auch die Netzstabilität zunehmend in Frage steht. All dies belastet den Wirtschaftsstandort Deutschland und dürfte auch maßgeblich zur insgesamt schwachen Investitionsdynamik hierzulande beigetragen haben. Währenddessen haben andere Länder durch ein Absenken der Unternehmenssteuersätze ihre Standortqualität relativ zu Deutschland verbessert. Die insgesamt wenig wachstums-trächtige Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik wurde in ihrer Wirkung auf die wirtschaftliche Dynamik von der Hochkonjunktur überlagert, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärker erscheinen ließ, als sie ist. Zudem ergibt sich aus dem demografischen Wandel eine zunehmende Beanspruchung der staatlichen Umverteilungssysteme. Die daraus resultierenden Verteilungskonflikte können am

ehosten durch eine Politik gemildert werden, die die Rahmenbedingungen für ökonomische Aktivität in Deutschland verbessert.

Der deutsche Staat hat kein Einnahmenproblem, aber Manövriermasse auf der Ausgabenseite. Die Staatseinnahmenquote (Staatseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) lag zuletzt mit 46,4 Prozent so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Seit dem Jahr 2006 ist dieser Anteil um 3 Prozentpunkte gestiegen. Infolge der schwächeren Konjunktur wird er zwar im Prognosezeitraum etwas nachgeben – wir erwarten ein Absinken auf 46 Prozent im Jahr 2021 –, allerdings ist dies dann immer noch eine der höchsten Werte seit der Wiedervereinigung. Der Ruf nach höheren Steuern zur Stärkung der staatlichen Einnahmen, wie er jüngst in der wiederbelebten Debatte um die Vermögensteuer aufkam, ist vor diesem Hintergrund nicht gut begründet. Zudem lenkt eine Forderung nach Einnahmenverbesserung ab von Umschichtungen auf der Ausgabenseite, über die der Staat ebenfalls seine Prioritäten neu justieren kann. Hierbei kommt insbesondere der Abbau verzerrender Subventionen in Betracht. Ausweislich des jüngsten Kieler Subventionsberichts bestünde allein durch den Wegfall unzweckmäßiger Subventionen eine Budgetentlastung des Bundes von 18 Mrd. Euro (Laaser und Rosenschon 2019), was gut einem halben Prozentpunkt in Relation zur Wirtschaftsleistung entspricht. Hierin sind zu zwei Dritteln verzerrende Steuervergünstigungen enthalten, die aufkommensneutral für ein Absenken der allgemeinen Steuersätze genutzt werden können, der Rest sind Finanzzuweisungen, die für eine Nettoentlastung der Privaten oder zur Finanzierung anderer Staatsausgaben zur Disposition stehen. Zudem bieten sich dem Staat auch Möglichkeiten, auf der Einnahmenseite umzuschichten, indem Infrastrukturen (Hochschulbildung, Straßenbenutzung) verstärkt über Nutzerentgelte zu finanziert werden, wodurch weitere Spielräume für die Rückführung der allgemeinen Steuersätze erschlossen werden können.

Die niedrige Arbeitslosigkeit bietet kein Ruhekitzen für die Arbeitsmarkt- und Standortpolitik. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau; der erwartete Jahreswert der Arbeitslosenquote

wird in diesem Jahr trotz des jüngsten Anstiegs immer noch so niedrig ausfallen wie seit Beginn der 1980er Jahre nicht mehr. Die verschärfte Knappheit von Fachkräften durch den erfolgreichen Abbau der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren dürfte die Mengenreaktion am Arbeitsmarkt auf die konjunkturelle Schwäche mildern, weil sie die Wiedereinstellungskosten der Unternehmen erhöht. Dies stärkt für sich genommen die unternehmensinternen Stabilisatoren für die Beschäftigung. Gleichwohl kann sich die Arbeitsmarktpolitik nicht auf diesem Faktor ausruhen, soll die Arbeitslosigkeit auch in Zukunft nicht wieder auf deutlich höhere Niveaus klettern. So zeigt sich nach der jüngsten Generalrevision der VGR, dass die Reallöhne in den vergangenen Jahren noch stärker auf die verbesserte Arbeitsmarktlage reagiert haben, als bislang bekannt. Die Lohnquote wurde ab dem Jahr sukzessive nach oben korrigiert, für die Jahre 2017 und 2018 beläuft sich die Aufwärtsrevision auf fast zwei Prozentpunkte. Dies bedeutet aber auch, dass ein höherer Teil des Beschäftigungszuwachses im vergangenen Aufschwung konjunkturell bedingt war, als es der vormalige Datenstand nahelegte. In der Hochkonjunktur dürften auch die negativen Beschäftigungseffekte des Mindestlohnes zunächst noch abgeschwächt worden sein, so dass ohne diesen Rückenwind die Beschäftigungschancen für Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor geringer ausfallen werden. Die Arbeitsmarktpolitik wäre daher gut beraten, die Höhe des Mindestlohnes nicht zu politisieren, sondern sie – wie im Gesetz vorgesehen – der unabhängigen Mindestlohn-Kommission zu überlassen. Auch Maßnahmen wie das Anfang

diesen Jahres in Kraft getretene Gesetz zur Brückenteilzeit (Recht auf befristete Teilzeit mit Rückkehrrecht) verringert tendenziell die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Je größer der Wettbewerb der Unternehmen um geeignete Arbeitskräfte, desto entbehrlicher werden solche sozialpolitisch motivierten Regulierungen. Der demografische Wandel dürfte daher den Arbeitnehmerbelangen weiterhin zugutekommen. Angesichts der damit zugleich verbundenen Belastungen der Erwerbstätigen kommt es neben einem hohen Beschäftigungsstand – also niedriger Arbeitslosigkeit – auch darauf an, Bedingungen für ein Produktivitätswachstum zu schaffen, aus dem heraus die aktive Bevölkerung die Versorgung der steigenden Zahl der abhängigen Bevölkerung bestreiten kann. Wird hingegen der Keil zwischen Brutto- und Nettoeinkommen immer größer, kann auch eine Abwanderung von Arbeitskräften die Folge sein, wobei die besonders produktiven Erwerbstätigen zumeist auch international überdurchschnittlich mobil sind. Um dem entgegen zu wirken, bedarf es attraktiver Standortbedingungen, die Investitionen anziehen und so über eine höhere Kapitalintensität die Produktivität und die Löhne in Deutschland wachsen lassen. Hemmende Regulierungen und Bürokratielasten dämpfen die Investitionsbereitschaft, was sich letztlich negativ auf die Einkommen der Beschäftigten durchschlägt. Hierzu zählen auch Enteignungsdebatten und Preistaxen, die die Eigentumsrechte aufweichen und so die Risikoprämien für Investitionen am Standort Deutschland erhöhen.

Kasten 4:**Zu den Auswirkungen des Konjunkturabschwungs auf die Konjunkturbereinigung in der Schuldenbremse**

Die Schuldenbremse begrenzt die um finanzielle Transaktionen bereinigte strukturelle Nettokreditaufnahme auf 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Um von der tatsächlichen auf die strukturelle Nettokreditaufnahme zu schließen, wird ein Konjunkturbereinigungsverfahren auf Basis des in der EU gängigen Methode zur Schätzung des Produktionspotenzials genutzt. Das Bruttoinlandsprodukt wird dabei in Produktionspotenzial und -lücke zerlegt. Die Produktionslücke wird mit der anhand typischer Konjunkturmuster geschätzten Budgetsemielastizität multipliziert und ergibt dann den Betrag, um den im Falle einer Überauslastung die zulässige Nettokreditaufnahme gemindert und im Falle einer Unterauslastung erhöht wird.

Eine Schwäche dieses Verfahrens ist, dass die Einschätzung zu Potenzial und Lücke abhängig vom Datenstand merklichen Revisionen unterliegen kann (Ademmer et al. 2019c). Um eine höhere Planungssicherheit zu erzielen, verwendet der Bund daher ein sogenanntes konditionales Verfahren. Dabei wird die Schätzung des Potenzials aus dem Herbst des Vorjahres fixiert und zwischenzeitliche Änderungen des Bruttoinlandsprodukts des laufenden Jahres werden komplett der Produktionslücke zugeschlagen. Dies soll verhindern, dass ein plötzlicher Konjunkturreinbruch zu einer Reaktion der Ausgaben des Bundes in einer konjunkturell angespannten Situation führen muss, um der Schuldenbremse zu genügen. Vielmehr kann nun die Nettokreditaufnahme ohne Verstoß gegen die Fiskalregel auf die Konjunktur entlang der vorgegebenen Budgetsemielastizität reagieren.

Tabelle K4-1:**Vergleich der Potenzialschätzungen Herbst 2018 und Herbst 2019**

	Herbst 2018		Herbst 2019	
	BIP	Prod.-Lücke	BIP	Prod.-Lücke
2019	2,05%	1,72%	0,34%	0,69%
2020	1,95%	2,04%	0,88%	0,20%
Aggregiert	4,00%		1,22%	
Differenz ^a			-2,78%-Punkte	-1,84%-Punkte

^aDifferenz zwischen der Expansion des Bruttoinlandsprodukts zwischen 2018 und 2020 und der Produktionslückenschätzungen für das Jahr 2020.

Quelle: eigene Berechnungen.

Für das jeweils kommende Jahr wird das relevante Produktionspotenzial im Herbst des Vorjahres geschätzt. Ein typisches Muster dabei ist, dass eine niedrigeres Bruttoinlandsprodukt bei einer Neuschätzung nicht komplett der Produktionslücke, sondern auch zum Teil dem Produktionspotenzial zugewiesen wird. Im Folgenden stellen wir zwei Schätzungen des Potenzialverfahrens des IfW, das an das der EU angelehnt ist, gegenüber. Die aktuelle Schätzung und die des Herbst 2018.

Im Jahr 2018 zeigte das Verfahren eine Produktionslücke von gut 2 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial an. Dabei haben wir unterstellt, dass das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2019 und 2020 mit jeweils etwa 2 Prozent expandiert. Diese Einschätzung haben wir nun deutlich revidiert. Für das Jahr 2019 rechnen wir nun mit 0,4 und für das Jahr 2020 mit 0,9 Prozent. Die Potenzialschätzung ergibt nun für das Jahr 2020 eine Produktionslücke von knapp 0,3 Prozent.

Während sich also das Bruttoinlandsprodukt aus heutiger Sicht im Vergleich zur Perspektive Ende 2018 rund 2,7 Prozent niedriger darstellt, ist die gemessene Produktionslücke knapp 1,8 Prozentpunkte niedriger. Rund 1 Prozentpunkt der Änderung im Bruttoinlandsprodukt (etwa ein Drittel) wird also dem Potenzial zugeschlagen. Für die Finanzplanung führt diese Differenz zu einem möglichen Anpassungsbedarf, sofern die Finanzpolitik Ende des Jahres 2018 mit einer exakten Einhaltung der Schuldenbremse für das Jahr 2020 gerechnet hätte und die Übersetzung der Änderung in der wirtschaftlichen Aktivität in die öffentlichen Haushalte dem entspricht, was die Budgetsemielastizität, die für den Bund 0,205 beträgt, impliziert. Dies entspräche rund 7 Mrd. Euro.

Vieles spricht dafür, dass die Potenzialschätzung nach dem EU-Verfahren ein ähnliches Verhältnis in der Revision von Potenzial und Lücke ergeben wird, wie hier skizziert. Trotzdem ist nicht davon auszugehen, dass die aktuelle Konjunktorentwicklung den Bund zu Konsolidierungsmaßnahmen in der oben genannten Höhe für das Jahr 2020 drängt. Zum einen wurde bisher mit der „schwarzen Null“ geplant und nicht mit der Vorgabe der Schuldenbremse und zum anderen spricht einiges dafür, dass der Abschwung, der von weltwirtschaftlichen Einflussfaktoren stark getrieben ist, nicht dem durchschnittlichen Muster entspricht, das mit der Budgetsemielastizität angenommen wird, sondern aus Sicht des Bundes günstiger verlaufen könnte, da z.B. die Mehrwertsteuereinnahmen von dieser Art Konjunkturschwäche weniger stark betroffen sein dürften.

Literatur

- Ademmer, M. (2018). Vergleich der Produktionslückenschätzung mit der anderer Institutionen und alternativer Modelle. IfW-Box 2018.7. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/vergleich-der-produktionslueckenschaetzung-mit-der-anderer-institutionen-und-alternativer-modelle-10176/>>.
- Ademmer, M., und N. Jannsen (2019). Die Bedeutung von Sonderfaktoren für die deutsche Konjunktur – eine Analyse anhand synthetischer Doppelgänger. IfW-Box 2019.3. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2019/die-bedeutung-von-sonderfaktoren-fuer-die-deutsche-konjunktur-eine-analyse-anhand-synthetischer-doppelgaenger-0/>>.
- Ademmer, M., N. Jannsen, S. Kooths und S. Möhle (2018). Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Konjunktur. IfW-Box 2018.17. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zum-einfluss-des-niedrigwassers-auf-die-konjunktur-11877/>>.
- Ademmer, M., J. Beckmann und N. Jannsen (2019a). Zu den Auswirkungen des jüngsten Anstiegs der globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheit. IfW-Box 2019.7. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2019/zu-den-auswirkungen-des-juengsten-anstiegs-der-globalen-wirtschaftspolitischen-unsicherheit-0/>>.
- Ademmer, M., J. Beckmann und N. Jannsen (2019b). Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur. IfW-Box 2019.8. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2019/auswirkungen-globaler-wirtschaftspolitischen-unsicherheit-auf-die-deutsche-konjunktur-0/>>.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, K. Carstensen, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, T. Rossian und U. Stolzenburg (2019c). Schätzung von Produktionspotenzial und -lücke: Eine Analyse des EU-Verfahrens und mögliche Verbesserungen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-beitraege-zur-wirtschaftspolitik/schaetzung-von-produktionspotenzial-und-luecke-eine-analyse-des-eu-verfahrens-und-moegliche-verbesserungen-12192/>>.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2019d). Mittelfristprojektion für Deutschland. Kieler Konjunkturberichte 60 (2019|3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Boysen-Hogrefe, J. (2018a). Wer trägt die Kosten der Mütterrente II? IfW-Box 2018.4. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/wer-traegt-die-kosten-der-muetterrente-ii-10169/>>.
- Boysen-Hogrefe, J. (2018b). Zur Prognose der öffentlichen Konsumausgaben. IfW-Box 2018.20. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zur-prognose-der-oeffentlichen-konsumausgaben-11885/>>.
- Carstensen, K., M. Heinrich, M. Reif und M. Wolters (2017). Predicting Ordinary and Severe Recessions with a Three-State Markov-Switching Dynamic Factor Model. An Application to the German Business Cycle. CESifo Working Paper 6457. Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- Cesa-Bianchi, A., M.H. Pesaran und A. Rebucci (2018). Uncertainty and economic activity: A multi-country perspective. NBER Working Paper w24325. National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- Deutsche Bundesbank (2019). Monatsbericht. August. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017a). Systematic Errors in Growth Expectations over the Business Cycle. *International Journal of Forecasting* 33: 760–769.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017b). Systematische Prognosefehler in unterschiedlichen Konjunkturphasen. IfW-Box 2017.15. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/systematische-prognosefehler-in-unterschiedlichen-konjunkturphasen-8789/>>.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2016). Understanding the weakness in global trade – What is the new normal? Occasional Paper Series No 178. Via Internet (6.9.2019) <Europäische Zentralbank (EZB) (2016). Understanding the weakness in global trade - What is the new normal? Occasional Paper Series No 178. Via Internet (6.9.2019) <<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecbop178.en.pdf>>.
- Gern, K.-J., S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2019). Weltkonjunktur belebt sich nur zögerlich. Kieler Konjunkturberichte 57 (2019|Q3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (11.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2019/weltkonjunktur-belebt-sich-nur-zoegerlich-13164/>>.
- Groll, D. (2018). Zur Zeitarbeit als Frühindikator am aktuellen Rand. IfW-Box 2018.19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zur-zeitarbeit-als-fruehindikator-am-aktuellen-rand-11883/>>.

- Jannsen, N. (2014a). Zur Schwäche des Welthandels. IfW-Box 2014.7. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2014/zur-schwaechе-des-welthandels-8857/>>.
- Jannsen, N. (2014b). Die Schwäche des Welthandels und Implikationen für die deutschen Exporte. IfW-Box 2014.9. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2014/die-schwaechе-des-welthandels-und-implikationen-fuer-die-deutschen-exporte-8855/>>.
- Jannsen, N. (2017). Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade. Institut für Weltwirtschaft-Box 2017.11. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/zum-zusammenhang-zwischen-unternehmens-und-vermoegenseinkommen-arbeitstagen-und-terms-of-trade-8793/>>.
- Jannsen, N. (2019a). Zur Bedeutung der Automobilindustrie für die deutsche Wirtschaft. *Wirtschaftsdienst* 99 (7): 451-456; Zeitgespräch.
- Jannsen, N. (2019b). Zur Bedeutung der Automobilproduktion für den Konjunkturverlauf. IfW-Box 2019.4. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2019/zur-bedeutung-der-automobilproduktion-fuer-den-konjunkturverlauf-0/>>.
- Jannsen, N., und M. Kallweit (2018). Auswirkungen des neuen WLTP-Prüfverfahrens. *Wirtschaftsdienst* 98 (11): 831-832.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2019). Kieler Subventionsbericht: Steigende Subventionen des Bundes bis zum Jahr 2018 – Mit einer Schwerpunktanalyse Verkehrssubventionen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 22. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (9.9.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-beitraege-zur-wirtschaftspolitik/kieler-subventionsbericht-steigende-subventionen-des-bundes-bis-zum-jahr-2018-mit-einer-schwerpunktanalyse-verkehrssubventionen-13162/>>.
- Kooths, S., und U. Stolzenburg (2018). Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur. *Wirtschaftsdienst* 98 (3): 219–220. Via Internet (9.9.2019) <<https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2018/3/zur-exportabhaengigkeit-der-deutschen-konjunktur/>>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018). Deutsche Wirtschaft im Boom – Luft wird dünner. Via Internet (9.9.2019) <<http://gemeinschaftsdiagnose.de/2018/04/19/gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2018-deutsche-wirtschaft-im-boom-luft-wird-duenner/>>.

Tabellenanhang

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2021					
	2018	2018	2019	2020	2021
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	0,4	1,0	1,4
Private Konsumausgaben		1,3	1,3	1,2	1,4
Konsumausgaben des Staates		1,4	2,1	2,3	1,6
Anlageinvestitionen		3,5	2,0	0,7	2,4
Ausrüstungsinvestitionen		4,4	0,4	-1,1	2,8
Bauinvestitionen		2,5	3,2	1,7	2,2
Sonstige Anlagen		4,3	1,6	0,8	2,2
Vorratsveränderung		0,3	-0,6	0,0	0,0
Inländische Verwendung		2,1	1,0	1,2	1,6
Ausfuhr		2,1	0,9	1,8	2,6
Einfuhr		3,6	2,3	2,5	3,2
Außenbeitrag		-0,4	-0,5	-0,2	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3,1	2,6	3,1	3,2
Private Konsumausgaben	1 743,7	2,8	2,7	2,6	2,8
Konsumausgaben des Staates	665,6	3,3	4,3	4,4	3,3
Anlageinvestitionen	707,7	6,3	4,7	3,0	4,9
Ausrüstungsinvestitionen	235,3	4,9	1,0	-0,9	3,2
Bauinvestitionen	344,3	7,3	7,9	5,8	6,3
Sonstige Anlagen	128,1	5,9	3,2	2,3	3,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		21,3	2,1	0,7	-0,5
Inländische Verwendung	3 138,3	4,1	2,8	3,1	3,4
Ausfuhr	1 585,8	3,1	1,4	2,0	3,4
Einfuhr	1 379,7	5,5	1,9	1,8	3,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		206,1	203,0	209,2	209,3
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3,3	2,7	3,1	3,2
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	2,2	2,1	1,7
Private Konsumausgaben		1,5	1,3	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates		1,8	2,2	2,1	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	0,6	0,2	0,4
Bauinvestitionen		4,7	4,5	4,1	3,9
Sonstige Anlagen		1,6	1,6	1,4	1,5
Ausfuhr		0,9	0,5	0,2	0,8
Einfuhr		1,8	-0,5	-0,6	0,7
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,8	1,5	1,6	1,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 503,1	3,0	2,6	3,0	3,3
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	4,5	4,3	2,6	2,7
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		70,8	71,9	71,6	71,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	731,8	-0,5	-1,4	4,0	4,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 898,5	3,5	3,0	2,4	2,9
Sparquote (Prozent)		11,0	11,2	11,0	11,0
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 460,9	4,8	4,2	2,6	2,8
Effektivlohn, Stundenbasis		3,0	3,2	2,4	2,8
Lohnstückkosten, Stundenbasis		2,4	3,5	1,4	1,1
Produktivität, Stundenbasis		0,3	-0,2	1,0	1,7
Arbeitslose (1 000)		2 340	2 278	2 393	2 443
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,2	5,0	5,2	5,3
		44	45		45
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		854	215	45 120	168
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		62,4	43,0	13,7	-6,9
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,9	1,3	0,4	-0,2
Öffentliche Schulden (Prozent)		61,7	59,0	56,7	55,4

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw erbstätige	0,8	- 0,2	0,1	1,1	0,6	- 0,2	- 0,3
Arbeitsvolumen	0,6	0,0	- 0,2	0,7	0,4	- 0,4	0,3
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	- 0,2	0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,3	0,6
Produktivität ¹	- 0,2	1,0	1,7	- 0,3	- 0,1	0,8	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,4	1,0	1,4	0,4	0,4	0,4	1,6

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 484,1	2 561,5	2 637,4	1 212,7	1 271,3	1 249,9	1 311,6
Private Haushalte ²	1 789,9	1 837,0	1 888,8	876,1	913,8	897,6	939,4
Staat	694,2	724,5	748,6	336,7	357,5	352,3	372,2
Anlageinvestitionen	741,3	763,9	801,1	359,1	382,2	363,6	400,2
Ausrüstungen	237,6	235,5	243,0	115,7	121,9	111,3	124,2
Bauten	371,3	393,1	417,7	180,1	191,3	187,9	205,2
Sonstige Anlageinvestitionen	132,3	135,3	140,4	63,3	69,0	64,5	70,8
Vorratsveränderung ³	2,1	0,7	- 0,5	4,9	- 2,7	2,9	- 2,1
Inländische Verwendung	3 227,5	3 326,1	3 438,0	1 576,7	1 650,8	1 616,5	1 709,7
Außenbeitrag	203,0	209,2	209,3	110,1	92,9	115,3	93,9
Exporte	1 608,6	1 640,8	1 696,7	807,0	801,6	811,6	829,2
Importe	1 405,6	1 431,6	1 487,4	696,9	708,7	696,3	735,3
Bruttoinlandsprodukt	3 430,5	3 535,3	3 647,3	1 686,8	1 743,7	1 731,7	1 803,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,1	3,1	3,0	3,0	3,2	3,1	3,2
Private Haushalte ²	2,7	2,6	2,8	2,6	2,7	2,5	2,8
Staat	4,3	4,4	3,3	4,0	4,5	4,7	4,1
Anlageinvestitionen	4,7	3,0	4,9	6,4	3,3	1,3	4,7
Ausrüstungen	1,0	- 0,9	3,2	3,0	- 0,8	- 3,8	1,9
Bauten	7,9	5,8	6,3	9,3	6,5	4,3	7,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,2	2,3	3,8	4,5	2,1	1,8	2,7
Inländische Verwendung	2,8	3,1	3,4	3,4	2,3	2,5	3,6
Exporte	1,4	2,0	3,4	1,8	1,1	0,6	3,4
Importe	1,9	1,8	3,9	4,0	- 0,1	- 0,1	3,8
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,1	3,2	2,4	2,7	2,7	3,4

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 357,7	2 392,3	2 426,9	1 162,3	1 195,3	1 177,9	1 214,4
Private Haushalte ²	1 703,5	1 723,2	1 747,2	838,2	865,3	846,1	877,1
Staat	654,1	669,0	679,5	324,1	330,0	331,7	337,3
Anlageinvestitionen	679,8	684,4	700,8	330,6	349,2	327,4	357,0
Ausrüstungen	232,4	229,9	236,3	112,7	119,6	108,4	121,4
Bauten	322,1	327,7	335,0	157,5	164,6	158,0	169,6
Sonstige Anlageinvestitionen	125,2	126,3	129,0	60,2	65,0	60,5	65,8
Inländische Verwendung	3 047,5	3 085,3	3 135,3	1 499,5	1 548,0	1 510,0	1 575,3
Exporte	1 571,8	1 599,5	1 640,6	788,6	783,3	793,3	806,2
Importe	1 385,4	1 419,6	1 465,4	683,0	702,4	692,4	727,2
Bruttoinlandsprodukt	3 235,2	3 266,9	3 313,0	1 605,4	1 629,8	1 611,3	1 655,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	1,5	1,4	1,4	1,6	1,3	1,6
Private Haushalte ²	1,3	1,2	1,4	1,2	1,3	0,9	1,4
Staat	2,1	2,3	1,6	1,9	2,3	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	2,0	0,7	2,4	3,3	0,8	- 1,0	2,2
Ausrüstungen	0,4	- 1,1	2,8	2,1	- 1,1	- 3,8	1,5
Bauten	3,2	1,7	2,2	4,2	2,2	0,3	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	0,8	2,2	2,9	0,5	0,3	1,3
Inländische Verwendung	1,0	1,2	1,6	1,5	0,5	0,7	1,8
Exporte	0,9	1,8	2,6	0,6	1,2	0,6	2,9
Importe	2,3	2,5	3,2	3,0	1,7	1,4	3,5
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,0	1,4	0,4	0,4	0,4	1,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,3	1,5	1,4	1,4	1,3	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,1	1,7	2,1	2,2	2,3	1,8
Anlageinvestitionen	2,7	2,4	2,4	3,0	2,5	2,3	2,4
Ausrüstungen	0,6	0,2	0,4	0,9	0,3	0,0	0,3
Bauten	4,5	4,1	3,9	4,9	4,2	4,0	4,1
Exporte	0,5	0,2	0,8	1,1	- 0,1	0,0	0,5
Importe	- 0,5	- 0,6	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	0,2
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,1	1,7	2,0	2,3	2,3	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 405,2	2 454,6	2 510,1	1 188,1	1 217,0	1 212,6	1 241,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	325,1	332,8	340,3	157,8	167,2	161,8	171,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 522,3	1 562,0	1 605,0	725,9	796,4	746,4	815,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,8	559,7	564,8	304,4	253,4	304,4	255,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	498,9	534,8	574,1	229,1	269,9	239,6	295,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 904,1	2 989,4	3 084,2	1 417,2	1 486,9	1 452,2	1 537,2
Abschreibungen	626,6	651,6	674,5	306,6	319,9	318,9	332,7
Bruttonationaleinkommen	3 530,7	3 641,0	3 758,7	1 723,9	1 806,8	1 771,1	1 870,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 569,1	2 645,3	2 731,9	1 249,5	1 319,6	1 279,9	1 365,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	721,8	750,4	786,6	365,8	356,0	371,7	378,7
Arbeitnehmerentgelt	1 847,3	1 894,9	1 945,3	883,7	963,6	908,2	986,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,8	2,1	2,3	2,8	2,9	2,1	2,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,7	2,4	2,2	5,3	4,3	2,5	2,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	2,6	2,8	4,3	4,1	2,8	2,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,0	2,7	2,5	3,0	3,0	2,8	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 1,7	0,3	0,9	- 1,9	- 1,5	0,0	0,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,7	7,2	7,3	2,9	0,7	4,6	9,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,6	2,9	3,2	2,8	2,5	2,5	3,4
Abschreibungen	2,9	4,0	3,5	1,3	4,5	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,1	3,2	2,5	2,9	2,7	3,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,6	3,0	3,3	2,8	2,5	2,4	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 1,4	4,0	4,8	- 1,0	- 1,7	1,6	6,4
Arbeitnehmerentgelt	4,3	2,6	2,7	4,5	4,1	2,8	2,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 492,9	1 538,8	1 595,2	716,6	776,4	739,3	799,6
Nettolöhne und -gehälter	1 021,4	1 047,2	1 084,5	482,0	539,4	495,6	551,7
Monetäre Sozialleistungen	605,3	631,1	655,7	300,8	304,6	312,5	318,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	133,8	139,5	144,9	66,2	67,6	68,8	70,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,8	559,7	564,8	304,4	253,4	304,4	255,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 94,9	- 95,7	- 99,3	- 49,5	- 45,4	- 49,8	- 45,9
Verfügbares Einkommen	1 955,8	2 002,8	2 060,7	971,5	984,3	993,9	1 008,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,5	61,3	62,2	29,4	31,1	29,8	31,5
Konsumausgaben	1 789,9	1 837,0	1 888,8	876,1	913,8	897,6	939,4
Sparen	226,4	227,1	234,1	124,8	101,6	126,1	101,0
Sparquote (%) ⁶	11,2	11,0	11,0	12,5	10,0	12,3	9,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,6	3,1	3,7	4,5	4,6	3,2	3,0
Nettolöhne und -gehälter	4,7	2,5	3,6	4,8	4,6	2,8	2,3
Monetäre Sozialleistungen	4,5	4,3	3,9	4,2	4,8	3,9	4,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,9	4,3	3,9	4,7	5,2	3,9	4,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 1,7	0,3	0,9	- 1,9	- 1,5	0,0	0,7
Verfügbares Einkommen	3,0	2,4	2,9	2,7	3,3	2,3	2,5
Konsumausgaben	2,7	2,6	2,8	2,6	2,7	2,5	2,8
Sparen	5,5	0,3	3,1	3,2	8,7	1,1	- 0,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	820,1	839,5	855,6	415,4	404,7	423,7	415,8
Sozialbeiträge	596,3	613,5	632,5	289,2	307,1	297,5	316,0
Vermögenseinkommen	21,0	20,7	20,5	12,8	8,2	12,7	8,0
Sonstige Transfers	23,2	23,0	23,4	10,6	12,6	10,2	12,8
Vermögenstransfers	12,0	12,3	12,6	5,4	6,7	5,5	6,8
Verkäufe	125,3	129,7	134,2	58,4	67,0	60,4	69,3
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 598,1	1 638,9	1 678,9	791,8	806,3	810,1	828,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	477,0	498,6	515,8	229,8	247,2	240,8	257,8
Arbeitnehmerentgelt	268,5	277,6	285,7	128,7	139,8	133,1	144,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	29,3	28,1	27,3	14,5	14,8	13,9	14,2
Subventionen	31,2	32,3	33,3	14,9	16,3	15,5	16,8
Monetäre Sozialleistungen	545,5	570,8	595,0	270,9	274,6	282,4	288,4
Sonstige laufende Transfers	81,2	87,8	91,8	38,6	42,6	43,3	44,5
Vermögenstransfers	38,1	40,0	41,0	13,0	25,1	13,9	26,0
Bruttoinvestitionen	85,7	91,4	97,4	36,9	48,8	38,9	52,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 555,1	1 625,2	1 685,8	746,5	808,5	781,3	843,9
Finanzierungssaldo	43,0	13,7	- 6,9	45,3	- 2,3	28,8	- 15,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,4	2,4	1,9	2,8	2,0	2,0	2,7
Sozialbeiträge	4,1	2,9	3,1	4,4	3,9	2,9	2,9
Vermögenseinkommen	- 1,4	- 1,2	- 1,1	- 1,4	- 1,4	- 1,0	- 1,3
Sonstige Transfers	- 6,3	- 0,7	1,6	- 8,5	- 4,4	- 3,4	1,6
Vermögenstransfers	- 8,3	2,2	2,3	- 3,9	- 11,6	2,5	2,0
Verkäufe	4,3	3,5	3,5	5,1	3,6	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	- 9,5	0,0	0,0	- 20,7	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,9	2,6	2,4	3,2	2,6	2,3	2,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,7	4,5	3,5	4,7	4,7	4,8	4,2
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,4	2,9	3,5	3,6	3,4	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 7,7	- 4,1	- 2,9	- 10,8	- 4,5	- 4,1	- 4,1
Subventionen	5,4	3,8	3,1	7,0	3,9	4,5	3,1
Monetäre Sozialleistungen	4,9	4,6	4,2	4,5	5,2	4,2	5,0
Sonstige laufende Transfers	8,4	8,1	4,5	5,7	11,0	12,2	4,5
Vermögenstransfers	- 9,8	4,9	2,5	0,3	- 14,3	7,3	3,7
Bruttoinvestitionen	9,3	6,7	6,5	10,6	8,4	5,6	7,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,8	0,0	0,0	24,2	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,3	4,5	3,7	4,3	4,3	4,7	4,4

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 1/S 2	S 3	S 4/S 5	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 088,6	2 087,9	342,7	658,0	–
2 –	Abschreibungen	626,6	357,7	78,5	190,4	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 462,0	1 730,2	264,2	467,6	– 203,0
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 846,5	1 337,3	268,5	240,6	14,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,1	14,2	0,3	9,7	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	29,0	27,1	0,2	1,7	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	620,4	405,8	– 4,5	219,1	– 217,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 847,3	–	–	1 847,3	13,7
9 –	Geleistete Subventionen	31,2	–	31,2	–	5,4
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	366,2	–	366,2	–	7,4
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	645,6	596,8	29,3	19,5	206,7
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	746,9	367,6	21,0	358,3	105,4
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 904,0	176,5	322,3	2 405,2	– 303,1
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	443,2	93,1	–	350,2	11,2
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	454,0	–	454,0	–	0,5
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	731,6	–	–	731,6	4,5
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	733,1	136,0	596,3	0,8	3,0
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,7	66,4	545,5	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	605,3	–	–	605,3	8,0
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	357,4	187,9	81,2	88,3	54,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	307,8	169,1	23,2	115,5	104,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,1	134,3	769,0	1 955,8	– 258,2
23 –	Konsumausgaben	2 484,1	–	694,2	1 789,9	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
25 =	Sparen	375,0	73,8	74,8	226,4	– 258,2
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	68,0	19,4	38,1	10,5	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	59,0	26,3	12,0	20,7	13,1
28 –	Bruttoinvestitionen	743,4	426,1	85,7	231,6	–
29 +	Abschreibungen	626,6	357,7	78,5	190,4	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,0	– 2,5	– 1,4	0,9	3,0
31 =	Finanzierungssaldo	252,2	14,7	43,0	194,4	– 252,2
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,1	134,3	769,0	1 955,8	– 258,2
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	442,1	–	442,1	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	442,1	–	–	442,1	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 859,1	134,3	326,9	2 397,9	– 258,2
38 –	Konsum 2)	2 484,1	–	252,1	2 232,0	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
40 =	Sparen	375,0	73,8	74,8	226,4	– 258,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2020					Übrige Welt S 2
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.		
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15		
1 = Bruttowertschöpfung	3 183,5	2 151,2	355,8	676,4	–	
2 – Abschreibungen	651,6	370,1	82,6	199,0	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 531,8	1 781,1	273,3	477,4	– 209,2	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 894,0	1 369,8	277,6	246,6	15,4	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,5	14,2	0,2	10,1	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	30,1	28,1	0,2	1,8	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	643,4	425,3	– 4,4	222,6	– 224,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 894,9	–	–	1 894,9	14,5	
9 – Geleistete Subventionen	32,3	–	32,3	–	5,4	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	376,4	–	376,4	–	7,5	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	638,8	593,1	28,1	17,6	216,8	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	745,8	370,3	20,7	354,7	109,8	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 989,4	202,5	332,4	2 454,6	– 314,9	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	452,1	92,9	–	359,2	11,5	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	463,1	–	463,1	–	0,5	
16 – Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	752,2	–	–	752,2	4,6	
17 + Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	753,6	139,3	613,5	0,8	3,1	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	639,6	67,9	570,8	0,8	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	631,1	–	–	631,1	9,1	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	369,6	191,6	87,8	90,1	55,3	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	317,9	176,2	23,0	118,6	107,0	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 941,6	165,5	773,3	2 002,8	– 267,1	
23 – Konsumausgaben	2 561,5	–	724,5	1 837,0	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–	
25 = Sparen	380,1	104,1	48,8	227,1	– 267,1	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	71,5	20,4	40,0	11,2	4,2	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	62,4	28,2	12,3	21,9	13,3	
28 – Bruttoinvestitionen	764,6	427,0	91,4	246,2	–	
29 + Abschreibungen	651,6	370,1	82,6	199,0	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,4	1,0	1,6	
31 = Finanzierungssaldo	259,6	56,2	13,7	189,7	– 259,6	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 941,6	165,5	773,3	2 002,8	– 267,1	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	462,0	–	462,0	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	462,0	–	–	462,0	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 941,6	165,5	311,4	2 464,8	– 267,1	
38 – Konsum 3)	2 561,5	–	262,5	2 299,0	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–	
40 = Sparen	380,1	104,1	48,8	227,1	– 267,1	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 286,4	2 225,4	367,2	693,8	–	
2 – Abschreibungen	674,5	380,6	86,0	207,9	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 611,9	1 844,9	281,2	485,9	– 209,3	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 944,4	1 406,1	285,7	252,6	16,2	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,9	14,1	0,2	10,6	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	31,1	29,0	0,2	1,9	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	673,6	453,6	– 4,6	224,6	– 225,4	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 945,3	–	–	1 945,3	15,3	
9 – Geleistete Subventionen	33,3	–	33,3	–	5,4	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	385,6	–	385,6	–	7,8	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	642,6	599,1	27,3	16,3	227,6	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	755,5	378,5	20,5	356,5	114,7	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 084,2	233,1	341,0	2 510,1	– 320,7	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	458,7	97,4	–	361,3	11,8	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	469,9	–	469,9	–	0,5	
16 – Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	773,8	–	–	773,8	4,6	
17 + Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	775,3	141,9	632,5	0,8	3,2	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	665,0	69,2	595,0	0,8	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	655,7	–	–	655,7	9,9	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	379,2	195,5	91,8	91,9	55,9	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	325,3	180,0	23,4	121,9	109,7	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 033,8	192,9	780,1	2 060,7	– 270,2	
23 – Konsumausgaben	2 637,4	–	748,6	1 888,8	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,2	–	62,2	–	
25 = Sparen	396,4	130,7	31,5	234,1	– 270,2	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	74,2	21,4	41,0	11,8	4,4	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	65,0	29,2	12,6	23,3	13,6	
28 – Bruttoinvestitionen	800,6	441,4	97,4	261,8	–	
29 + Abschreibungen	674,5	380,6	86,0	207,9	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,9	– 2,4	– 1,4	1,0	2,9	
31 = Finanzierungssaldo	263,9	80,1	– 6,9	190,7	– 263,9	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 033,8	192,9	780,1	2 060,7	– 270,2	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	478,1	–	478,1	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	478,1	–	–	478,1	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 033,8	192,9	302,0	2 538,9	– 270,2	
38 – Konsum 2)	2 637,4	–	270,5	2 366,9	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,2	–	62,2	–	
40 = Sparen	396,4	130,7	31,5	234,1	– 270,2	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.